



für Sozialdemokrat

mit der wöchentlichen Beilage: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswoche“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Blaue Straße 4/6, durch die Verhandlungen der „Volkswoche“, Neue Gravenstraße Nr. 5 und Neue Leipziger Straße 11, sowie durch alle Anreger zu bezahlen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Tidiergut - 0,50 Rmt. monatlich 1,76 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmt. Durch die Volkswoche Zuschlagsgebühren 2,46 Rmt.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Ansprüche: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141

Postcheck-Konto: Postcheck-Amt Breslau Nr. 5832.

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filz. Breslau

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Anzeigenpreis: Je 100 Meter für geschäftliche Anzeigen aus Schriften 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereine, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen bis Werte 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 12 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Blaue Straße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Notdürftig geleimt.

Die Tagung des Reichsausschusses der Zentrumspartei. Lange stürmische Debatte. — Phrasenhafte Entschließung.

Die Sitzung des Parteivorstandes.

Berlin, 28. Januar. (Eigener Bericht.) Der Parteivorstand des Zentrums hielt am Sonnabend nachmittags eine Sitzung ab, an der unter Vorsitz des Reichskanzlers Marx sämtliche Mitglieder teilnahmen, darunter die Minister Braun, Steiger und Hirtlese, ferner die Abgeordneten Siegerwald und Dr. Wittich sowie Fürst Löwenstein. Finanzminister Köhler konnte wegen Dienstlicher Verhandlungen an der Sitzung nicht teilnehmen.

In der mehr als fünfstündigen Aussprache wurden die politische Lage und die in der Zentrumspartei umstrittenen Fragen eingehend behandelt. Beschlüsse wurden jedoch noch nicht gefasst.

Die Tagung des Reichsparteiausschusses.

Berlin, 29. Januar. In der heutigen Sitzung des Reichsparteiausschusses eröffnete Reichskanzler Dr. Marx als Parteivorsitzender ein längeres Referat. An der sich anschließenden Aussprache beteiligten sich unter anderem der Gemeinschaftsführer Kaiser-Köln, die Abgeordneten Imbusch, Siegerwald und der Reichsfinanzminister Dr. Köhler, ferner die Abgeordneten Voos, Ullrich, Schreiber, der preußische Wirtschaftsminister Hirtlese und zahlreiche Delegierte aus dem Lande. Wie wir aus Zentrumskreisen erfahren, ergab die Aussprache vollkommene Einmütigkeit über die Stellung des Zentrums zur republikanischen Staatsform. Die Spannungen innerhalb der Partei seien in dieser Aussprache behandelt worden. Sie liegen vielmehr auf sozialem Gebiet, wie aus den Ausführungen — namentlich der Arbeiterschaft — hervorging. Von allen Seiten trat das ernste Bestreben in Erscheinung, über die gegenwärtigen Spannungen hinwegzukommen. Eine entsprechende Entschließung, die die politischen Anfragen behandelte, wurde unter lebhaftem Beifall der Versammlung einstimmig angenommen.

Die angenommene Entschließung.

Berlin, 29. Januar. Am Schlusse der Aussprache des Reichsparteiausschusses der Zentrumspartei wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es unter anderem heißt: „Die in der letzten Zeit innerhalb der Zentrumspartei entstandenen Meinungsverschiedenheiten haben dem heute versammelten Reichsparteiausschuss Veranlassung gegeben, die Gesamtlage bei den bevorstehenden Aufgaben in eingehender Aussprache zu klären. Diese Klärung ist mit dem Ernst und dem Verantwortlichkeitsgefühl erfolgt, die der Augenschein erhebt und hat klar erkannt, wie unerschütterlich die innere Verbundenheit in der gemeinsamen Grundeinstellung der deutschen Zentrumspartei ist. Der Ausschuss lenkt die Aufmerksamkeit der Zentrums-Partei auf die Erfüllung der sozialen Forderungen, die von jeher das Fundament der deutschen Zentrumspartei gewesen sind. Die deutsche Zentrums-Partei kann ihrem innersten Wesen nach nur eine christliche und soziale Volkspartei sein. Auch in der Deutschen Republik hat sie die aus den gewaltigen Misericordien sich ergebenden Aufgaben entschlossen aufzutragen und in den verschiedensten Koalitionen schrittweise zu lösen sich bemüht. Sie ist sich dessen bewußt, daß neue grundlegende Fragen der Lösung harren. Weite Kreise des weitläufigen Volkes in der Arbeiterschaft, im Mittelstand und in der Landwirtschaft haben in den Wirken der letzten Jahre den Anteil am Ertrag ihrer Arbeit nicht zu erzielen vermögen, der ihnen zu ihrem Zusatzleid und zur Erfüllung ihrer wirtschaftlichen Aufgabe im Volksangebot kommen muß. Alternde Arbeiter und Angehörige leben sich vor eigenen Existenzschwierigkeiten, viele kinderreiche Familien haben nicht das zum Leben Notwendige. Noch immer sind eine alte Million Familien im Deutschen Reich ohne Wohnung. Die Produktion in Industrie und Landwirtschaft bedarf in Zukunft einer höheren Förderung. Durch sparsame Finanzwirtschaft und einschneidige Verwaltungsumstöße muß namentlich für den Mittelstand, in Handwerk, Handel und Gewerbe, sowie für die Landwirtschaft, eine Entlastung von den drückenden Steuern und Abgaben herbeigeführt werden. Die Zentrumspartei wird diesen wichtigen Zeitaufgaben mit allen ihr zu Gebote stehenden gesetzlichen Möglichkeiten gerecht werden... Die Zusammenfassung aller Schichten unter den einzigen Gedanken einer christlichen Kultur sozialer Gerechtigkeit und wahrer Volksverbundenheit im deutschen Volkstaat bleibt das unverrückbare Ziel der Zentrums-Partei. Der Reichsparteiausschuss erwartet von der Räte des Reichstages, daß sie sich für die baldige Verabschiedung eines Reichsnotgeleizes, das unseren kulturrelieflichen Grundfakten entspricht, mit aller Kraft einsetzt. Der Reichsparteiausschuss spricht der Sozialpartei, der Parteiführung und den Fraktionen Dank und Anerkennung für verdienstvolle Arbeit aus.“

Die Mehrheit des Parteivorstandes

von der Notwendigkeit des Führerwechsels überzeugt.

Berlin, 30. Januar. (Eigener Bericht.)

Der Reichsparteiausschuss des Zentrums, der Sonntag vermittelst in Berlin zusammengetroffen, beendete abermals die seine für zweckmäßigen Verhandlungen mit Annahme einer Entschließung über die sozialpolitischen Forde-

rnisse. Insofern betrachtet der Arbeitersflügel des Zentrums den Ausgang der gestrigen Tagung selbst nur als einen erfolgversprechenden Anfang.

Es ist in der Tat bezeichnend, daß im Gegensatz zu früheren öffentlichen Erklärungen des Zentrums in dem Manifest nur von Dank und Anerkennung gegenüber der Parteiführung gesprochen wird, aber Worte des Vertrauens für den Parteivorsitzenden Marx nicht gespendet werden. An Versuch, Herrn Marx das Vertrauen auszusprechen, hat es trotzdem nicht gesieht. Aber man hat einen entsprechenden Antrag schließlich in der Erkenntnis zurückgezogen, daß es darüber zu neuen heftigen Auseinandersetzungen im Parteiausschuß selbst kommen würde und der Antrag im besten Falle nur mit einer für Marx plausiblen Mehrheit angenommen würde. „Die lendenlose Verteidigung der Bürgerblödpolitik durch Herrn Marx — so erklärte uns zum Schlusse der gestrigen Tagung ein Konferenzteilnehmer — hat die Mehrheit des Ausschusses von der Notwendigkeit überzeugt, in der Parteiführung möglichst bald eine durchgreifende Änderung einzutreten zu lassen. Marx selbst dürfte sich ebenfalls nicht mehr der Einsicht verschließen, daß es so wie bisher und mit ihm nicht weiter geht. Das beschlossene Manifest an die Zentrumspartei hindert daran nicht nichts, sondern bestätigt durch seine Einseitigkeit und den Verzicht, auf die Gesamtpolitik der Zentrumspartei — und das ist letzten Endes die Politik des Herrn Marx — einzugehen, daß die Glorie des Herrn Marx nicht nur als Reichskanzler, sondern auch als Parteivorsitzender bald schlagen muß.“

Frauen-Konferenz der Sozialdemokratie Mittelschlesiens.

Die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit gesonderter Frauen-Veranstaltungen, -Versammlungen und -Konferenzen ist in der sozialistischen Arbeiterbewegung stark umstritten, wird von manchem unserer Kämpfer aus dem Gesichtspunkt grundsätzlicher Gleichwertung der Geschlechter verneint. Doch die Praxis erweist, daß die programmatische Zielseitung auch in der organisierten Arbeiterschaft keineswegs schon Allgemein gilt darstellt, daß die Frau des Proletariats immer noch jenen doppelten Kampf als Klassenangehörige der Besitzlosen und als Zugehörige zu ihrem im geschriebenen und unbeschriebenen Recht benachteiligte Geschlecht zu führen hat. Ungeheure Revolutionen haben sich zwar in wenigen hinter uns liegenden Jahrzehnten vollzogen, aus dem vom unvollständigen Subjekt der Sitte und des Gesetzes wurde die gleichberechtigte Staatsbürgerin, wurde die Frau vor allem politischer Natur von großer, oft ausdrucksvoller Bedeutung. Wer noch nicht aller Schutt der Vergangenheit, noch die alte vom Bürgerum meist schon abgelegte bürgerliche Einstellung von der unbegrenzten Arbeitstauglichkeit — und Minderwertigkeit befiehlt. Noch finden es Proletarier — obwohl die politische Organisation ihrer Klasse das Recht der Frau erkämpfte — selbstverständlich, daß die Frau neben tausendfältigen Mehrbelastungen dumpf und stumpf dahinlebt, um kleinen Bequemlichkeiten des Mannes zu achten. Noch ist daher die Agitation unter den Frauen in der Werkstatt und im Haushalt ein Sonderproblem der Partei, das — neben der grundsätzlich gleichberechtigten Mitarbeit in der Organisation — auch einer gesonderten Pflege bedarf. Wie fruchtbar und rege die besondere Arbeit unter den Frauen gerade in unseren Bezirken ist, zeigt der gute Besuch und der überaus lebendige, anregende Verlauf der gestrigen Frauen-Konferenz des Mittelschlesischen Parteidezirks.

Die im kleinen Saal des Breslauer Gewerbevereinshaus tageende Konferenz, die außer von den Delegierten auch von einer Reihe interessanter Gäste besucht war, wurde durch einen Kult-Bericht des Breslauer Volkschors und Begrüßungsworte des Genossen Mach eingeleitet, der den Konferenzteilnehmern das Willkommen der Breslauer Ortsorganisation und des Bezirks Breslau entbot, auf die besondere Bedeutung dieser im Zeichen der kommenden Abrechnung mit der Auswanderungspolitik des Bürgerblods tageenden Konferenz vermerkte und mit wenigen Worten die Rolle der proletarischen Frau im Klassenkampf der Arbeiterschaft als Hausfrau, Mutter und Arbeiterin umriss. Viele dieser Frauen sind heute noch Kämpfer der Raktion, stehen nicht in den Reihen der Partei, die ihre Gleichberechtigung erkämpft, deren ungewöhnlicher Führer August Bebel in seinem Buch „Die Frau und der Sozialismus“ den Anstoß zum Kampf für die Rasse der Frau in Deutschland gab. Nach einem weiteren Kult-Bericht und einigen Diskussionen an die Sängerinnen und den Dirigenten wurden auf Vorschlag der Genossin Anjae-Waldenburg folgende Genossinnen in das Büro der Konferenz gewählt: Genossin Thomas-Breslau und Thiele-Nieder-Görlitz, Genossin Sommer-Reinode und Wolff-Brieg Schriftführerinnen.

Schönlin Thomas-Breslau übernahm alsbann die

Genossin M. Juchacz erschienenen Genossin M. Kuhnert (M. d. L.) das Wort zu dem ersten Referat der Tagung:

„Erwerbsarbeit — Hausfrauenarbeit — Ihre Bedeutung für Wirtschaft, Politik und Sozialismus.“

Genossin Kuhnert entrollte in einer kurzen, geschichtlichen Betrachtung die Wandlung des Frauensufs im Übergang von der einzigen Hauswirtschaft, in der die Frau als Universalhandwerkerin, rechtslos und verschlafen unter der absoluten Vorherrschaft des Mannes dahinlebte zur modernen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, die die eignen Schranken feindlicher Hörigkeit auch für die Frau niederrichtet und an ihrer Stelle die kapitalistische Ausbeutung setzte und sich in rasend steigendem Tempo die Frauenerarbeit zunutze macht. In Deutschland allein stieg der Anteil des weiblichen Geschlechtes an der Erwerbsarbeit von

5 Millionen im Jahre 1882 auf
8½ Millionen im Jahre 1907 und
11½ Millionen im Jahre 1925.

Diese Entwicklung bringt eine Reihe wichtiger Probleme, begrenzt die Möglichkeit der Mutterkraft, führt zur steigenden Ausbeutung der Frau als williges und billiges Arbeitsstier. Trotzdem ist keine Rückentwicklung denkbar, kann nicht etwa das Auslöschen von der Erwerbsarbeit eine Lösung der Probleme bringen. Der Krieg vernichtete ganze Generationen von Männern, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung gibt vielfach erst durch Erwerbsarbeit die Möglichkeit der Mutterkraft und bringt vielen in der Verlust der Arbeitsschicht die Befreiung von früherer Abhängigkeit und revolutioniert die sozialen wie sittlichen Anschauungen. Nicht Verbot, sondern Schutz der Frauenarbeit, Arbeitstag, Arbeitstag, Arbeitsschicht und vor allem die Verwirklichung des alten sozialistischen Grundfaßes:

Gleicher Lohn für gleiche Leistung, sind die Voraussetzungen der Befreiung der arbeitenden Frau, deren Rechtfertigkeit auch heute noch nicht weiter geht, wie manches bekannt ist. Noch steht das Bürgerliche Gesetzbuch in vielen seiner Bestimmungen und Grundätze zwecklos für Mann und Frau in den wichtigsten Fragen vor, noch ist das unschuldige Kind nicht mit seinem Vater verhaut, noch ist der Mann verpflichtet der Hormund der verheirateten Frau. Die Referentin behandelt dann eingehend die bekannte Unterzüchtung des Textilarbeiter-Vorbandes über die Erwerbsarbeit der Schwangeren in der deutschen Textilindustrie und den allerdings nur fakturierenden erhöhten Schwangerschaft durch die Rätselstellung des Washington Abolitions über die Erwerbsarbeit schwangerer Frauen, die der Arbeiterin die rechtliche Möglichkeit gibt, vier Wochen vor und sechs Wochen nach der Entbindung ohne Verlust der Arbeitsschicht auszuüben. Die Sozialdemokratie sucht dieser rechtlichen Schwierigkeit die materielle Möglichkeit der Anspruchnahme anzuzeigen, indem sie beantragt hat, daß die Leistungen der Reichswohlfahrt auf die Höhe des Verdienstentgeltes zu bringen sind. Ein besonderes Kapitel ist die

Frömmung des Sozialen

für die sozialistische Bewegung — es gibt in Deutschland 7,5 Millionen hausfrauen — bei der nicht nur die Modernisierung, auch des proletarischen Haushalts, sondern auch die fröhige Mutterkraft der Männer, die Entlastung der Frau durch Mann und Kinder erforderlich ist. Hüter wie der hier genannte Familienmann muss die Solidarität der Arbeiterklasse sehen. Lassen wir uns von allen Dingen nicht von der Weltverbreiterung und sozialen Weiterbildung trennen, die Frau sei auf Grund der vorliegenden Stimmabgabe für reaktionäre Parteien für politische Entscheidungen und politische Parteien, ebenso wie für die demokratischen Parteien. Es darf den Gebrauch des Wahlrechts keinen pausieren. (Kaufmann)

einem zündenden Appell zum Wahlkampf schloß Genossin Kuhner unter dem leidenschaftlichen Beifall der Versammlung ihre zu Szenen und zum Verstande führenden Ausführungen. Nach einer kurzen Pause begann die

Diskussion,

deren Lebhaftigkeit des rege Interesse der erschienenen Parteifunktionären und Gäste befandete. Genossin Kuhner-Brodau befaßte sich eingehend mit der Modernisierung und Rationalisierung des proletarischen Haushalts. Wies und Aussichten geben bereits die praktischen Beweise von der Durchführbarkeit dieser Modernisierung, die eine wesentliche Entlastung der Frau mit sich bringt. Gute ist es beispielweise, wenn in untenstehenden Seiten unzählige Dinge zur Hochzeit geschickt würden, deren Reinigung unverhältnismäßig viel Arbeit kostet und deren Zweckmäßigkeit sehr bezweifelbar ist. Bei der Agitation ist besonders das Zentrum zu beachten, das einen großen Einfluss gerade auf die Frauen ausübt. Genossin Wallner-Glog hält mehr Entgegenkommen der Männer für erforderlich, die es vielleicht auch an der notwendigen Höflichkeit fehlen lassen. Die als Gute anweisende Genossin A. Schreiber-Berlin befiehlt sich mit der viel umstrittenen Frage der Kleinsiedlung, die sie nicht als anstrebbenden Fortschritt ansieht, mit den verwirrten, aber nicht beständigsten Aenderungen des §§ 218, 219 des Strafgelebens, während Genossin Thoma-Breslau den Gesichtspunkt der Kleinsiedlung und die Bodenreform verteidigt, die die Mietshäuser für in jedem Falle kulturwidrig hält und die Durchführung der Haushalt-Modernisierung durch gemeinschaftliche Ausstattung moderner Arbeitsbedürfnisse empfiehlt. Nach einer kurzen Erwiderung der Genossin Schreiber weist die Genossin Prockowinski-Breslau auf die schon von der Referentin berührten Mängel des neuen Wohnerinnen-Schutzesgesetzes, das Landarbeiterinnen und Haushälterinnen einschließt, hin. Die Mängel der Schwangerenarbeit auf dem Lande müssen festgestellt und gesammelt werden, um die Unzulänglichkeit dieser Ausnahmen aufzuzeigen und das Märchen zu zerstreuen, daß der Sozialismus die Familie vernichtet. Genossin Heinig-Breslau hält ein Arbeitsverbot für Frauen für wünschenswert. Genossin Kuhne-Waldenburg behandelt die von der Genossin Schreiber angeführte Frage der Abtreibungsparagraphen, die nach ihrer Ansicht nicht ganz gestrichen werden können. Die Verhütung der Schwangerenarbeit sei wesentlicher, und es müsse, wie in Österreich, gefordert werden, daß die Krankenkassen für die Verteilung empfängnisverhindernder Mittel sorgen. Die Politik des Bürgerblads erweist sich in ihrer ganzen unsozialen Einstellung in der vieler Tage erfolgten Ablehnung von 5 Millionen Mark für die Kinderförderung. Die Genossinen Scherzer und Heijer-Breslau beschreiben Einzelheiten der Haushaltsführung, der Wohnungspolitik und der Kindererziehung verhinderter berufstätiger Frauen in Kindergarten. Genossin Kuhner-Breslau als Fach wendet sich gegen die Ausführungen der Genossin Anzorge, aus deren Worten der Grundstock der Heiligkeit des heimenden Lebens herauftauchen war. Sicher ist die Verhütung der Schwangerenarbeit besser wie die Abtreibung, aber das neue Strafgesetz stellt ja die Anwendung empfängnisverhindernder Mittel wieder unter schweren Strafen.

Das Abtreibungsproblem ist deshalb nicht zu umgehen, die Unterbrechung der Schwangerenarbeit immer noch besser wie die Auszogung gesundheitlich oder sozial nicht lebensfähiger Kinder. Die Kleinsiedlungsfrage kann nicht mit dem Hinweis auf die Mietshäuser erledigt werden. Ähnlich hat in seinen Siedlungshochbauten mit ihren sozialen Einrichtungen die Siedlung geprägt, die der Entwicklung sozialistischen Gemeinschaftsgeistes förderlich ist, während in der Kleinsiedlung beharrlich auf die Familie den Individualismus fördert. Vordringlich ist in Deutschland allerdings in jedem Fall die Lösung der Mietshausbildungsfrau für das Proletariat. Genossin Steinbach-Breslau fordert eine Reform der Familiengesetz unsozialer Kinder und unterstreicht die Schwierigkeit der Parteiarbeit bei durch Hausarbeit überlasteten proletarischen Frau. Genossin Reichelt-Breslau geht auf die stets noch ungenügende Wertung der Frau innerhalb der Partei ein. Genossin Böller-Reichenbach befiehlt sich mit dem anerkennenswerten Erfolg des Zentrums auf die Frau als sozialistische Landschaft, dem einzigen zu wünschen eine der wichtigsten Aufgaben bei der Gewinnung der Frauen für den Sozialismus ist. In ihrem

Schlusswort

meinte sich Genossin Kuhner gegen den Gebanen eines Arbeitsverbots für Frauen. Das Rad der Entwicklung läuft sich nicht zurückdrehen. Die Siedlungsfrage ist auch eine politische Frage, deren Gestaltung von unserer Seite im Parlament abhängt. Zu der Frage der Unterbrechung der Schwangerenarbeit ist sie dem Standpunkt der Genossin Anzorge bei, daß die Beendigung der Unterbrechung vorangegangen sei. Genossin Anzorge hält in einer persönlichen Bemerkung fest, daß sie von der Genossin Anzorge losgelöst worden wurde.

Nach der Mittagspause ergreift Genossin Böller-Reichenbach das Wort zu dem zweiten Referat

„Wie werden wir weiter den Frauen für die Partei und bei den Wahlen?“

in dem sie kurz zusammenfassend, aber übersichtlich, die besprochenen oft viel zu wenig beachteten Einzelheiten der Werkearbeit unter den Frauen bearbeitet. Wir müssen vor allem die Ausflossung bekämpfen, als hätten die Frauen den Männern für die erlangten politischen Rechte dankbar zu sein. Die Frauen, die ja schon vor dem Kriege Kämpferinnen für den Sozialismus waren, müssen die politische Freiheit als Selbstverständlichkeit be-

trachten, die indifferenten Frauen also in erster Linie aus ihrer sozialen Lage zu ihrer proletarischen Lebenslage gewonnen und zu Massenbewegungen erogen werden. Zu beachten und zu modernisieren ist allerdings die Ausgestaltung unserer Agitation, sowohl unter psychologischen wie unter technischen Gesichtspunkten. Die Presse muß der Frauenagitation eine wesentlich größere Zusammensetzung widmen, die Presse muss ein wenig freundlicher ausgestaltet werden und vor allem die Förderung der in der Agitation tätigen Genossinnen in der Provinz — wie es teilweise geschieht — durch Automobilisierung rationeller organisiert werden. Es geht nicht an, daß ein Referent wegen einer Versammlung zwanzig und mehr Stunden unterwegs sein muß. Bedeutenswert ist, daß viele Ortsgruppen in der Provinz

Überhaupt keine Frauen

organisiert haben. Darunter befinden sich Ortsgruppen mit 150 männlichen Mitgliedern. Hier muß Wandel geschaffen werden. Dabei kann die Frauen aber nicht immer die Funktionen von den Parteinstanzen erwarten, sondern selbst und selbstständig arbeiten. Neben der Materialverbreitung und Kursen ist auch zu erwägen, ob man nicht durch eine Art Fernunterricht vorwärtsziehenden Funktionärinnen die Möglichkeit gibt, ihre selbständige Arbeit zu überprüfen und dadurch zu größerer Selbstlichkeit zu kommen. Ganz besonders ist es erforderlich, die Bedeutung der Kommunalpolitik in der Frauenagitation mehr zu verwerthen, die so viele das tägliche Leben betreffende Momente enthält und für die unschätzbar größeres Interesse wie für manche allgemeinpolitische Frage bei den Frauen zu haben ist. Eine von der Referentin angestellte Berechnung ergab, daß unter den parteigenossischen Gemeindevertretern im Reichsbürokrat auf § 23 Gemeindevertreter der Landgemeinden und auf 23 Städtevertreter die eine Frau kommt. Wenn auch unter mittelfeindlicher Beobachtung über diesem Reichsbürokrat liegt, so zeigen doch diese Ziffern, wie sehr es erforderlich ist, hier Wandel zu schaffen und die Frauen für die keineswegs unerlernbare Politik zu interessieren. Wirklich und bleibende Erfolge der Partei sind nur möglich, wenn die Frau mitverantwortlich eingegliedert an der Seite des Mannes für den Sozialismus kämpft.

(Fortsetzung des Berichts bringen wir morgen.)

Der parteiliche Bizepräsident.

Rückspiel im Reichstag zu den wütigen Schimpferien des Hitlerbanditen.

Berlin, 28. Januar.

Bei Eintritt in die Tagesordnung erklärt Präsident Löbe: „In der geirrten Rede des Abg. Dr. Frick, während der sich das Hauptsorge Unruhe bemächtigt hatte, waren eine Anzahl großer Berufe gegen die parlamentarische Ordnung enthalten, die den amtierenden Bizepräsidenten zu Rügen und weiteren Rahmen veranlaßt hätten, wenn ihr genauer Wortlaut zu vernehmen gewesen wäre.“ (Wiederholt links und rechts: „Er ist nur nach rechts taub!“) Sie sind aber weder von ihm noch von den Schriftführern so genau gehört worden, daß ein solches Einschreiten möglich war. Der Bizepräsident hat auch sofort erklärt, daß er sich nach Einsichtnahme in das Protokoll weitere Maßnahmen vorbehalte. Im Einvernehmen mit ihm verlunde ich, der Abg. Dr. Frick wird für die Schimpferungen, die er gegen die verfeindeten Minister und Abgeordneten Erzberger und Rathenau auch nach dem ersten Ordnungsruf noch fortgelebt hat und die ich aus begreiflichen Gründen hier nicht wiederholen möchte, und für die Ausführungen am Schlusse seiner Rede, die den heutigen Staat, die Republik Deutschland in gräßlicher Weise beschimpften, zu ordnen gezwungen. Die weiteren Maßnahmen, die zweitlos gestern sofort, dem ersten Ordnungsruf gefolgt wären, wenn diese Ausführungen verstanden worden wären, könnten natürlich nicht mehr eintreten. — Ich rufe weiter den Abg. Brodaß zur Ordnung wegen der Drohung, die er gegen den Herrn Bizepräsidenten ausgetragen hat (Wurde bei den Kommt). Präsident Löbe schlägt dann vor, die Angelegenheit dem Zellektenrat zur weiteren Behandlung zu überlassen.

Abg. Togler (Kommt): Die Gehörstörungen des Bizepräsidenten Graef treten immer nur auf, wenn die Schimpferungen von rechts kommen. (Sehr wohl, links.) Bei Zwischenrufen von Kommunisten ist er sehr hellhörig. Ich erinnere nur an sein Verhalten in der Zelldebatte. Wir sind mit der Regelung dieser Angelegenheit nicht einverstanden, sondern verlangen die Aufhebung der Ausweisung der Abgeordneten Florian und Berg. Wir verlangen weiter, daß der Bizepräsident Graef von seinem Sessel vertrieben wird.

Präsident Löbe: Über den Eintritt gegen die Ausweisung der beiden Abgeordneten kann erst entschieden werden, wenn das gesetzliche Protokoll des geirrten Dr. Frick vorliegt. — Stören mich die zweite Satzung des Justizialen fortgeschreit.

Abg. Scholten (unter Kommt): Die geirrte Vorlesung des Hitlerbanditen Dr. Frick war mir möglich, weil gekenn einer der dämmernden und brutalen Reaktionäre als Bizepräsident amtierte, die man je erlebt hat. (Präsident Löbe ruft den Redner zur Ordnung.) Der zweite Ordnungsruf erzielt Abg. Scholten, als er von der „Gambolen“ spricht. Als er dann den Senatspräsidenten Kiedinger einen „Herrerspruch“ nennt, erzielt Präsident Löbe dem

Rechner den britischen Ordnungsruf und droht ihm Mortentzsch für einen weiteren Besitz an. Abg. Gissel rüttet seine Angreife gegen die Regierung und nennt im Schlusss eine Rede des Bizepräsidenten Graef einen „dummen und brutalen Hausthieb!“ — Präsident Löbe erhebt nun den vierten Ordnungsruf, da wegen des beschlossenen W

Reichsjustizminister zu unterlassen.) — Der Redner rückt dann an den Reichsjustizminister die Frage, was er seinerseits tun gebende, um den vom Staatsgerichtshof festgestellten Anspruch Preußens auf den Sitz im Reichsbahnhof zu erfüllen. Die Antwort des Reichsjustizministers auf die Frage des Abg. v. Giselaß konnte nicht beklagen. Dr. Quistor habe offenbar keine Empfindung darüber, daß es für ihn mindestens ein officium nobile wäre, durch freiwilligen Rücktritt den Platz für die Erfüllung des preußischen Anspruchs frei zu machen. Der Entwurf des Reichsjustizministeriums über die Aufmerkung und Auflösung älterer Staatsrenten und ähnlicher Renten würdigte in seiner Weise die Anforderungen, die Kreuzen angesichts der Unmöglichkeit der Standesherren an ein solches Gesetz stellen müsse. Der Redner beschäftigte sich dann mit der Vertragskrise der Justiz, die keineswegs behoben sei. Gegen links werden schwächer geworden, wenn die gesamte Richterchaft von der Erkenntnis vorgegangen als gegen rechts. Die Vertragskrise werde erschwinden, wenn die gesamte Richterchaft von der Erkenntnis durchdrungen ist, das deutsche Reich und die deutsche Republik sind unzertrennliche Begriffe. (Beifall links.)

Nach dem Abg. Dr. Wienands (Din.) spricht

Reichsjustizminister Hergt:

In der vom Abg. Brodaß gestellten Frage wegen Preußens Anspruch auf den Posten im Reichsbahnhofverwaltungsrat bin ich nicht zuständig, sondern der Reichsinnenminister. Was die Arbeitsgerichte betrifft, so haben die Landesbeamten bei diesen Gerichten gut eingearbeitet, sie arbeiten mit den Kreisrichtern gut zusammen und die Entscheidungen der Arbeitsgerichte zeigen ein beachtenswert hohes Niveau.

Abg. Frau Dr. Süders (Dem.) fordert eine schleunige Reform des Rechtes der unehelichen Mütter und Kinder.

Reichsjustizminister Hergt erwidert, er könne noch keinen Termin angeben, werde aber die Erledigung der von der Vorreiterin erwähnten dringlichen gelegentlichen Aufgaben nach Möglichkeit beschleunigen.

Weiter sprechen die Abg. Buz (Komm.), v. Ramin (Börl.) und Höller (Komm.). Damit schließt die allgemeine Aussprache. In der Einzelberatung sprechen die Abg. Lohmann (Din.) und Dr. Gess (Din.).

Bei dem Eintritt des Rechnungshofes bedauert Abgeordneter Simon-Schwartz (Soz.), daß der Präsident des Rechnungshofes durch die Bearbeitung von anderen Angelegenheiten wie Ruhe-Entschädigungen und Phoenix-Angelegenheit, überlastet werde. Darunter leide offenbar die Erledigung der laufenden Arbeiten, denn der Reichstag wartet heute noch auf die Haushaltsergebnisse von 1924 ab.

Um 15 Uhr verlädt sich das Haus auf Montag.

Um die Regierungsbildung in Hessen.

Wieder Weimarer Koalition.

Darmstadt, 31. Januar. (Eigener Bericht)

Die Verhandlungen zur Neubildung der hessischen Regierung sind bisher von der sozialdemokratischen Landtagsfraktion nach zwei Seiten hin, das heißt, mit dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei geführt worden. Die Fraktion hat nunmehr beschlossen, die Verhandlungen lediglich auf der Basis der Weimarer Koalition fortzuführen.

Der Vertrag Sonntag unterzeichnet.

Die Verhandlungen über einen Schiedsvertrag zwischen Deutschland und Litauen sind am Sonntag abgeschlossen worden. Der Vertrag ist bereits von Stresemann und Woltemaras unterzeichnet. Sein Inhalt wird heute im Laufe der ersten Mittagstunden bekanntgegeben werden. Der litauische Ministerpräsident ist gestern Abend von Berlin nach Kowno abgereist. Die Frage der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Litauen ist in den Berliner Besprechungen soweit geregelt worden, daß die sachlichen Verhandlungen in Berlin und Kowno während der nächsten Wochen weitergeführt werden können. Von dem Verlauf und dem Abschluß dieser Handelsvertragsverhandlungen hängt auch die Frage ab, inwieweit dem litauischen Wunsch auf eine Kreditaufnahme nähergetreten werden kann.

Der Vertrag Sonntag unterzeichnet.

Die Verhandlungen über einen Schiedsvertrag zwischen Deutschland und Litauen sind am Sonntag abgeschlossen worden. Der Vertrag ist bereits von Stresemann und Woltemaras unterzeichnet. Sein Inhalt wird heute im Laufe der ersten Mittagstunden bekanntgegeben werden. Der litauische Ministerpräsident ist gestern Abend von Berlin nach Kowno abgereist. Die Frage der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Litauen ist in den Berliner Besprechungen soweit geregelt worden, daß die sachlichen Verhandlungen in Berlin und Kowno während der nächsten Wochen weitergeführt werden können. Von dem Verlauf und dem Abschluß dieser Handelsvertragsverhandlungen hängt auch die Frage ab, inwieweit dem litauischen Wunsch auf eine Kreditaufnahme nähergetreten werden kann.

„Was ist wirklich wahr?“

Gesetz mit dem Fall Max Hoelz!

Von Dr. Julius Moses,

Vorsitzender im Reichsbegnadigungsausschuss.

Insgesamt der Weitverbreitung deutscher Gerichte gegenüber offenludig hochverräterischer Unternehmungen von rechts, wie sie mit der Einstellung des Verfahrens gegen Hoelz und den im Münchener Untersuchungsausschuss zutage getretenen Praktiken neuerdings bewiesen ist, wird es unumgängliche Pflicht, durch die Begnadigung der viel zu hart, häufig ohne alles Verständnis für die politische und wirtschaftliche Situation der Zeit jener Straftaten, verurteilten politischen Gefangenen von links dem Gerechtigkeitsbedürfnis sehr breiter Bevölkerungsschichten ein gewisses Entgegenkommen zu zeigen. Will man schon nicht an eine aussichtsvolle Generalamnestie heran, so muß das Mittel der Einzelbegnadigung wie in Preußen, so auch in anderen Ländern mit kräftigerem Elan angewendet werden, als es bisher geschehen ist. Es ist kaum erträglich, daran zu denken, daß in den Zuchthäusern noch eine größere Zahl von Arbeitern sitzt wegen ihrer Beteiligung an den Ausschänden von 1921. Man lasse doch einmal die moralische Erkrankung darüber weise, daß bei den Kampfhandlungen damals auch Gewalttaten vorgekommen sind. Karl Pläumer, der wegen Organisation von Expropriationsbanden zehn Jahre Zuchthaus erhielt, ist seiner Natur nach alles andere als ein Schwerverbrecher; er hat im Zuchthaus ein sehr wertvolles Werk sexualwissenschaftlichen Charakters verfaßt, aber es scheint, als wolle man ihm noch jahrelang täglich ins Bewußtsein hämmern, daß es etwas anderes ist, ob er mit Proletarien derart verwogene Mittel gegen die Bourgeoisie anwendet, oder ob völkische Jünglinge Arbeiter ausrauben, wie es beim Hitlerputsch in München geschehen ist, ohne daß dafür auch nur ein Tag hätte abgesessen zu werden brauchen.

Wie ungünstig ist es, die in den Ereignissen lieben vor sieben Jahren gefallenen Urteile der Sondergerichte heute einfach mechanisch weiter wirken zu lassen, weil sie nun eben auf zehn oder zwölf oder fünfzehn Jahre gelauert haben, wird am deutlichsten, wenn man an den damals gefürchteten aller außändischen Proletarier denkt, der denn auch die höchste Strafe erhielt und nach dem Willen des Sondergerichts überhaupt nie wieder aus dem Zuchthause herausgelassen werden soll, an Max Hoelz. Erinnern wir uns des Tatbestandes. Hoelz galt bei allen Spießbürgern als Räuberhauptmann, Mordbrenner, blutrünstiger Dynamitard und finsterner Unhold. In Wirklichkeit warf er sich zum Oberkommandierenden revolutionärer Partisanenfronten auf, der den Feind im Bürgerkrieg mit den gleichen Kampfmethoden zu besiegen suchte, die die Sipo gegen seine Rotarmisten anwandte und die beide Teile im Kriege gelernt hatten. Dabei ist erwiesen, daß Hoelz jede unnötige Grausamkeit sorgsam vermied, bei Requisitionen und Kontributionen nie einen Pfennig in die eigene Tasche leitete und daß er — das haben ihm vor Gericht die gegnerischen Offiziere bestätigt — seine militärischen Aktionen mit ungewöhnlicher Umsicht und ausgesprochenem strategischen Talent einleitete und durchführte. Der Aufstand in Mitteldeutschland wurde niedergeschlagen, Hoelz fiel ein paar Wochen später in die Hände der Polizei.

Nachdem er verhaftet war, wurde eine Auslobung erlassen, wonach 50 000 Mark Belohnung demjenigen zugestellt wurden, der belastendes Material gegen Hoelz beibringen könnte. Der Vorgang ist ohne Beispiel, daß eine Behörde gegen einen Gefangen, den sie dem Publikum als schlimmsten aller Verbrecher aufzulugieren hat, nachträglich durch Auslobung einer hohen Prämie belastendes Material zu beschaffen sucht. Nun waren während des Hoelzhöhen Feldzuges außerhalb der eigentlichen Gesichtsverhandlungen im ganzen zwei Personen zu Schaden gekommen; ein Kaufmann in Eisleben wurde am Arm verwundet und ein Gutsbesitzer Hefz wurde, als die Truppe in seinem Gehöft Mäntel requirieren wollte, in dem dabei entstandenen Tumult getötet. Nach der Auslobung fanden sich natürlich Zeugen ein, die behaupteten, beide Gewalttaten seien von Hoelz persönlich begangen, und das Gericht hat tatsächlich als erwiesen angenommen, daß die beiden einzigen Fälle des Waffengebrauchs außerhalb der offenen Kämpfe in einer Truppe von etwa tausend Mann ausgerechnet von dem Führer der Truppe in eigener Person begangen seien und hat darauf sein ungeheuerliches Urteil aufgebaut.

Die von Hoelz Freunden, besonders von seinem früheren Anwalt, Justizrat Victor Franken, mit außerordentlicher Sorgfalt angestellten Ermittelungen haben ergeben, daß die Schüsse, die die lebenslängliche Einherfernung begründen mußten, nicht von Hoelz abgegeben worden sind, daß er sogar alles verloht hat, um seine Leute von Unüberlegtheiten zurückzuhalten. Ob jedoch bei den geltenden Bestimmungen über die Zuständigkeit eines Wiederaufnahmeverfahrens das bis jetzt herangebrachte Material ausreichend zur juristischen Renaufstellung erkannt werden wird, wissen wir nicht. Und ob das Geständnis des Bergmanns Greise, daß er es gewesen sei, der den Gutsbesitzer Hefz erschossen habe, Voraussetzung für ein Wiederaufnahmeverfahren des Falles Hoelz waffe, wissen wir ebenfalls nicht. In der Leiche des Getöteten wurden nicht weniger als 18 Projekte gefunden und im sogenannten Scheideler-Prozeß vom Sondergericht in Südtirol ein Arbeitervillen Günther, der später im Zuchthaus tödlich verunglückt ist, wegen Betriebszum Totschlag an dem Gutsbesitzer Hefz verurteilt worden. Wir wissen also nicht, ob die neu bekannten Tatsachen das Reichsgericht, das nach formelljuristischen Erwägungen entscheidender Einleitung des Wiederaufnahmeverfahrens veranlassen, obwohl sie überschreitende Kraft zu haben scheinen.

Die Aufrechterhaltung des Urteils jedoch, zumal die Fortsetzung der Verbüßung ins achtte Strafjahr hinein, verletzt das Rechtsempfinden in solchem Maße, daß die schleunige Freilassung von Max Hoelz auf dem Wege kurzentschlossener Begnadigung unabdingt geboten erscheint. Das Verfahren gegen den Außenseitigen während der Untersuchung und während der Prozeßverhandlung selbst stand keinerzeit völlig im Zeichen der Rasse. Man hat Hoelz in Berlin verhandelt, obgleich hier weder ein Wohnsitz war, noch seine Straftaten hier begangen worden (Strafprozeßordnung §§ 7 und 8). Diese Verleugnung der Berichtsstoffsbestimmungen füllt uns mehr ins Gewicht, als die vorherigen Beteiligten am mitteldeutschen Aufstand getreten waren, von den Hoelzhöhen Aktionen unmittelbar beteiligt waren, von den jüngstigen außerordentlichen Sondergerichten Seite abgetreten worden sind. Die in jeder Hinsicht zusammengehörigen Handlungen wurden dadurch auseinandergerissen, so daß teilweise in der erwähnten Angelegenheit Willi Günther

hoelz nicht gehörte wurde und im Prozeß Hoelz von der Sache Günther anscheinend überhaupt nichts bekannt war. Dazu kommt nun die unerhörte Form der Herbeischaffung von Belastungszeugen, die ohne weiteres alle belastenden Aussagen verdächtig machen muß, da sie von dem Anteil einer kolossalnen Gespräme, mindestens unbewußt, beeinflußt sein könnten. Tatsächlich haben später sämtliche Zeugen, die in der Angelegenheit Hefz positive Beschuldigungen gegen Hoelz vorgebracht haben, diese Beklungen erheblich modifiziert und teilweise völlig widerrufen. Schon bei der Gerichtsverhandlung selbst lagen bei mehreren Zeugen einander krasse widersprechende Aussagen vor, so bei der Witwe des Hefz selbst, die Hoelz bald als den Mörder ihres Mannes bestimmt wiederzuerklären behauptete, und ebenso oft erklärte, er sei es bestimmt nicht gewesen. Das Gericht nahm in allen Fällen nur die bestehenden Aussagen als ermittelten an. Endlich erinnerte man sich an das Auftreten des Angeklagten vor dem Gericht. Hoelz hat sich damals offen zu seinen Taten bekannt, hat sich ihrer im Bewußtsein seiner politischen Überzeugung, durch die er sich zu seinen Kriegszügen verpflichtet hielt, laut gerühmt und hat, das müssen auch seine Gegner anerkennen, einen großen Belebnermut gezeigt. Die ihm vorgeworfenen Bluttaten aber hat er mit der größten Entschiedenheit bestritten, und seine Erklärung, daß er sie, hätte er sie begangen, mit demselben Freimut zugegeben hätte, wie alle anderen Delikte, hat die größte innere Glaubwürdigkeit. Wer den Mann persönlich einmal gesprochen hat, wer seine veröffentlichten und nichtöffentlichen Briefe kennt, weiß, daß hier eine heilsame Natur von unbedingter Wahrheitsliebe sein Recht verlangt.

Der Einwand, die Freilassung solcher explosiver Charaktere wie Hoelz, lasse die Gefahr neuer Unruhen in Deutschland besorgen, ist ganz abwegig. Revolutionäre Temperamente brauchen revolutionäre Situationen, um sich in ihrem Element ausleben zu können. Die revolutionäre Situation von 1921 liegt weit hinter uns; sie wäre nur noch eine geschichtliche Erinnerung, wenn wir nicht selber ihre Reste in den Zuchthäusern galvanisierten und dadurch die Vergangenheit in die lebendige Gegenwart mithinüberzögen. Macht einen Schlafstrich unter die Ereignisse, die ein vierter Menschenalter zurückliegen, macht Schlaf mit dem gar nicht mehr wirklichen „Fall Max Hoelz“!

Neuer Wahlsieg der Sozialdemokratie.

Bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Strelitz.

Neu-Strelitz, 20. Januar. (Eigener Bericht.)

Am Sonntag fanden in Mecklenburg-Strelitz die Neuwahlen zum Landtag statt. Der am 4. Juli vorigen Jahres gewählte Landtag hatte sich am 19. Dezember auf Grund eines Urteils des Staatsgerichtshofes über die Auflösung der Splitterpartien aufgelöst. Das Ergebnis der Wahl ist eine weitere Steigerung der sozialdemokratischen Stimmen, während sowohl die Deutschnationalen als auch die Kommunisten neue Verluste zu verzeichnen haben. Im Vergleich zu den Reichstagswahlen in Mecklenburg-Strelitz im Jahre 1923 erhöhte die Sozialdemokratie am Sonntag ihre Stimmenzahl von 11 304 auf 19 264. Der gleiche Vergleich ergibt dagegen für die Kommunisten einen Rückgang von 8582 auf 3564 Stimmen und für die Deutschnationalen von 14 966 auf 10 606. Noch katastrophaler als für die Kommunisten ist das Ergebnis für die Bölkischen. Sie sind im Verlaufe von vier Jahren von 12 366 Stimmen auf 1980 Stimmen heruntergegangen. Auch die Volkspartei und die Demokraten haben im Vergleich zu den letzten Reichstagswahlen starke Verluste zu verzeichnen. Sieger auf der ganzen Linie ist ausschließlich die Sozialdemokratie.

Die Steigerung der sozialdemokratischen Stimmen bei der gestrigen Wahl kommt in einem Zuwachs der Mandatssiffer von 12 auf 18 für die Sozialdemokratie zum Ausdruck. Schon bei den Juliwahlen hatte die Sozialdemokratische Partei verhältnismäßig große Gewinne zu verzeichnen. Das Mecklenburger Ergebnis zeigt also, daß die Zeit für die SPD arbeitet, und diese um so besser fahren wird, je länger der gegenwärtige Bürgerblod dem Volke seine „Regierungskunst“ beweist. Die Kosten dieser Politik haben in erster Linie die Deutschnationalen zu tragen. Sie verloren auch schon bei den Landtagswahlen im Juli des vergangenen Jahres. Was für die Sozialdemokratie im positiven Sinne gilt, das hat für sie im negativen Sinne Bedeutung. Dort fortgezte Steigerung der Stimmen, hier fortgesetzter Rückgang. So blieben den Deutschnationalen in Mecklenburg-Strelitz statt bisher 10 nur 9 Mandate. Die Kommunisten, die bisher 3 Mandate hatten, werden in Zukunft nur noch mit 2 Mandaten vertreten sein. Der Aufwertungspartei, die zum ersten Male in Mecklenburg-Strelitz kandidierte, gelang es, ein Mandat zu gewinnen.

Gegen Bozilles Reichsberratsdrohung.

Wann ein Franzosentreffen den Deutschnationalen spielt.

Stuttgart, 28. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Im württembergischen Landtag kam es am Sonnabend bei der Begründung der Rede, die Staatspräsident Bozille auf der Länderkonferenz in Berlin gehalten hatte, wiederholte zu stürmischem Auseinanderregnen. Bozille warnte die Begründung der sozialdemokratischen Interpellation entgegen nicht ab, sondern nahm sofort zu Beginn der Sitzung des Wort, um „die Interpellation überflüssig zu machen“. Er behauptete zu diesem Zweck, daß er der Presse nur ein Stück seiner Rede zur Veröffentlichung übergeben habe, in Berlin jedoch aber verhinderte Enthüllungen gemacht und Erklärungen gegeben hätte, die den gegen ihn erhobenen Vorwurf aufkratzen. Hinzu kam der Stellung zum Föderativ- oder Einheitsstaat hätte er gesprochen. Der Ausgangspunkt seiner Befreiungen sei gewesen, daß heute die Wirtschaft und die nur für sie maßgebenden Gesellschaftsparteien das Leben der Nation zu sehr überwogen und sie eine zu starke Regierung zur Abstraktion zeige, die aber nirgends gefährlicher sei als in der Politik. Daraus ergedeßt, dann auch die außenpolitische Gefahr, auf die er verwiesen habe. So sei er zu den Worten gekommen: der Totalitarismus der Nationalen verbünde sich mit dem Großkapital. Die Radikale Kapital und Sozialismus würden hier zusammen und so entzünden befehlen, da sie sich durch mehr oder weniger konstanter Druck oder auf Umwegen zu erobern suchen. Das könnten sich die Nationalen nicht gefallen lassen und so werde es zu innerdeutschem Unruhen kommen, die dem Ausland den Anlaß geben könnten, sich einzumischen. In diesem Sinne einer Verstärkung und nicht einer Drohung habe er von einer europäischen Front gesprochen. Auch der preußische Ministerpräsident, Carl Mertens, habe sich ähnlich ausgedrückt und die Spaltung des Reiches, die Neubildung der Nationalen für den Fall angefordert, daß der Einheitsstaat durch den Selbstkrieg einer Verfallung unterliege, der verhindert werden sollte. Auf diese zentrale Verdrehung schaute Bozille aus dem Hause heraus sofort die richtige Antwort. Otto Braun hat sogleich aus gegen einen Tag zuvor einen Befreiungserlass erlassen, der die Verteilung der Gewalt in diesen Tagen nicht mehr bestimmen. Von Bozille, den Höpler-Wisshoff entwidete, gesprochen, wurde er von Einheitsstaat als politisches Ziel prahlhaft abgeschaut.

Auf die launen Ausreden des Franzosenstaatmühlings Bozille erwiderte namens der Sozialdemokratischen Fraktion der Abgeordnete Dr. Schuhmacher. Dabei wurde die ganze staatsrechtliche und politische Einstellung dieses Pseudo-Germanen einer grundtäglichen kritischen Betrachtung unterzogen. Bozille habe, so führte Schuhmacher aus, in Berlin die Rechte gehalten, die zu halten der bayrische Sozialdemokrat, der für Herrn Bozille alles, was den Schuh von Privat gegen bilden, mechanisch erschien ihm alles, was dagegen anläßlich, vor allem die Arbeiterschwäche. Er verwies die Begriffe Stamm und Nation und misverstehen völlig die politischen Ziele Bismarcks. Die Abgrenzung der deutschen Staaten sei absolut unorganisch. Die deutsche Volkstracht habe sich 1914 nicht wegen, sondern trotz des Föderativ-Staates offenbart, denn das Volk sei markiert wegen des Deutschen Reiches, nicht aber wegen des Bundesrats. Die kulturelle Entwicklung der einzelnen Länder sei von der Frage der Erhaltung einer Staatspersönlichkeit ganz unabhängig. Das beweise das Schicksal Münchens, das Main ausblühe. Die endgültige Gestaltung des Reiches steht nach der Verfassung dem Volke zu. Die Androhung, die sich nicht gefallen zu lassen, sei eine Drohung gegen die Verfassung, also Hochverrat.

Das württembergische Volk verbittet es sich, durch solche politischen Tendenzen in den Strudel nationaler Entwicklung hineingezogen zu werden. Ein föderativ aufgelöster Deutschland wäre das Prinzip der Freiheit gewesen, wie der Wechsel zwischen Deutschen und Swabia beweise. Bozille habe jetzt das Ausland mit der Hölle daran getrieben, daß in dieser Hinsicht noch etwas zu machen sei. Der heutige Berlin, die in Berlin gehaltene Rede abzuschaffen, könnte den Effekt der schweren reichspolitischen Schwäche nicht mehr bezeichnen. Es wäre nur das Glück Deutschlands, daß die Staatsmänner des Auslands nicht so katastrophal schädigend seien, wie Bozille. Der Hintergrund seiner partikularistischen Einstellung bildeten klassenkämpferische Tendenzen, gegen die sich die Sozialdemokratie mit aller Stärke wenden müsse.

Im Gegenjahr zur Sozialdemokratie zeigte sich das württembergische Jahr als treuer Koalitionstreund von Bozille. Die Ausführungen seines Redners waren so extrem, daß es wiederholt zu erregten Ausschüssen und Entzündungen kam. Die Demokraten wandten sich ebenfalls in äußerster Schärfe gegen die in der Presse erschienene Ausführung des „Staatsmannes“ Bozille. Immerhin wurden die von sozialdemokratischer und demokratischer Seite gegen Bozille eingereichten Anträge von der Bürgerschaft abgelehnt. Bozille wird sich vielleicht darauf berufen, daß ihm die Mehrheit des Landtages in seiner Rede auch weiterhin das Vertrauen schenkt. Das stimmt, soweit die Mehrheit des Landtages in Frage kommt, aber nicht von der Mehrheit des Volkes. Die gegenwärtige Landtagsmehrheit entspricht schon längst nicht mehr der Volksstimme.

Breuken gegen den Postentleher

Eine Denkschrift der Breuerischen Regierung zum Fall Luther.

Berlin, 28. Januar. (Eigener Bericht.) Der preußische Ministerpräsident hat dem Landtag am Sonnabend eine Denkschrift über den Streit zwischen dem Reich und Preußen über einen Sitzen im Verwaltungsrat der Reichsbahn übergeben lassen. Diese klare und eindeutige Denkschrift ist in gleichem Maße peinlich für Herrn Dr. Marg. vor allem aber zeigt sie, daß dieser Kanzler des Bürgersblocks immer nur mit Halbheiten arbeitet und sich niemals zu einer wirklich energischen Maßnahme aufzutragen vermag.

Es besteht gar kein Zweifel darüber, daß Luther nicht allein des einträglichen Geschäftes wegen an seinem Posten fleißt. Er ist schließlich dorthin gestellt worden als Exponent der Schwerindustrie, deren Interesse er in den letzten Jahren immer hervorragend vertreten hat. Auch heute noch genießt er das unerschütterliche Vertrauen der deutschen Schwerindustriellen, und es ist deshalb kein Wunder, daß die Presse der Rechtspartei in sich mit aller Energie für die weitere Mitgliedschaft dieses Schwerindustriellen Söldlings im Verwaltungsrat der Reichsbahn einsetzt.

Von diesem Gesichtspunkt aus ist der Kampf der Preußischen Regierung um das ihr vom Staatsgerichtshof als rechtmäßig erkannte Mandat im Verwaltungsrat der Reichsbahn ein Kampf von außerordentlicher politischer Bedeutung. Braun vertritt in diesem Kampf die Interessen des Preußischen Staates gegenüber den Kräften der Schwerindustrie. Nur wenn Preußen wie Sachsen und Sachsen endlich auch seinen Vertreter im Verwaltungsrat der Reichsbahn erhält, ist es in der Lage, in den wichtigen Fragen der Tarifpolitik Auge in Auge der Schwerindustrie mit ihren machtvollen Forderungen gegenüberzutreten. Von diesen Tariffragen hängt schließlich in vieler Hinsicht die Preise der wichtigsten Konsumgüter ab, und daraus ergibt sich letztendes auch das Interesse der Millionen von Konsumenten aus den minderbemittelten Bevölkerungsschichten und insbesondere der Arbeiterschaft an einer holdigen Lösung des Streites im Sinne Preußens. Der Kampf um den preußischen Sitzen im Verwaltungsrat ist so auch ein Kampf um öffentliche Interessen, von denen Millionen deutscher Arbeitnehmer berührt werden. Es ist für die Preußische Regierung und insbesondere für ihren Ministerpräsidenten nur ehrend, daß sie eitelschlüssig ist, dienen Kampf um die Interessen des arbeitenden Volkes anzufechten.

Vom Schred-Prozeß.

Die Aussage des polnischen Meriens.

Leipzig, 28. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In dem Landesvertragsprozeß Schred und Genossen wurde am Sonnabend nachmittag unter großer Spannung der Schriftsteller Meriens, gegen den ebenfalls eine Anzahl Landesvertreter eingesetzt sind, als Zeuge vernommen. Meriens erschien erst, nachdem ihm vom Oberrechtsauwaite eines Geleit angeboten worden war.

Der Geleit ist Ende 1925 in Berlin mit einem polnischen Bündnis zusammengekommen. Dieser hat angeblich erklärt, daß die politische Delegation im Seitz einer Denkschrift sei, die viele Probleme der Landesverteidigung behandelt. Anfang 1926 habe er zwei solche Blätter aus den Händen dieses Bündnisses erhalten. Er habe diese Dokumente von vorbereitet für gezeigt gehalten. Die Schriftpile seien ihm zur Zeit der Volksverbundstaatung in Genf gezeigt worden. Während dieser Tagung habe er sich in Gesellschaft mit einem polnischen Faschikowski getroffen. Dieser Mann habe sich über sehr auffällige verschämt, so daß er ihn sofort als polnischen Spion erkannt habe. Deshalb habe er auch jeden weiteren Kontakt mit ihm abgebrochen. Die Dokumente, die er (Meriens) im Seitz gehabt hätte, wären von ihm veröffentlicht worden. Meriens habe er nie etwas zu tun gehabt.

Meriens von polnischem Europamarsch.

Berlin, 28. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der am Sonnabend im Leipziger Landesvertragsprozeß vernommene Schriftsteller Karl Mertens wurde am Abend des gleichen Tages, als er sich vom Leipziger Hauptbahnhof zum Schriftstellerverein überföhrt, auf dem Leipziger Hauptbahnhof aus dem Hause heraus sofort die richtige Antwort. Otto Braun hat sogleich aus gegen einen Tag zuvor einen Befreiungserlass erlassen, der die Verteilung der Gewalt in diesen Tagen nicht mehr bestimmen. Von Bozille, den Höpler-Wisshoff entwidete, gesprochen, wurde er von Einheitsstaat als politisches Ziel prahlhaft abgeschaut.

Februar

Billigste Angebote
guter Qualitätswaren!

Unsere Schaufenster
legen Zeugnis ab für
Preise und Qualität

MESSE

— Weisse Waren —

| | |
|--|-----------|
| Strümpfe | |
| Damen-Strümpfe Baumw. farbig | Paar 20,- |
| Damen-Strümpfe Baumw. schwarz u. Seidenflock | Paar 40,- |
| Damen-Strümpfe Baumw. farbig Paar 50,- | Paar 50,- |
| Damen-Strümpfe Baumw. farbig Paar 75,- | Paar 75,- |
| Damen-Strümpfe Baumw. farbig Paar 75,- | Paar 75,- |
| Damen-Strümpfe Baumw. Makro | Paar 85,- |
| Damen-Strümpfe Baumw. farbig Paar 85,- | Paar 85,- |
| Damen-Strümpfe Baumw. farbig Paar 1,- | Paar 1,- |
| Damen-Strümpfe Baumw. farbig Paar 1,- | Paar 1,- |
| Bamberger Damen-Strümpfe Waschseide, 1. Wahl | 2.95 |
| Trikotagen | |
| Hinter-Schlüpfer alle Größen durchweg Baumwolle | Paar 35,- |
| Damen-Hemden leicht weiß u. farbig Stck. 35,- | 35,- |
| Damen-Schläpfer Baumwolle | 65,- |
| Damen-Unterhosen Baumwolle stark geschr. mit Arm 65,- ohne Arme 65,- | 65,- |
| Eide-Anzüge Baumwolle Satinbesatz für Damen 1,- für Kinder 95,- | 95,- |
| Damen-Futter-Schlüpfer Baumwoll-Decke, große Farbenwahl Paar 1.55,- 1.65 | 1.25 |

| | |
|---------------------|--------------------------------|
| Selbstbinder | mod. Futtersteg. Riesenauswahl |
| | Stück 2,- |

Damen- und Mädchen-Kleidung

| | |
|------------------------|---|
| Bucklisch-Mäntel | warme Flauschstoffe mit Flauschbesatz |
| Damen-Mäntel | reinwoll. Flausch |
| Damen-Mäntel | reicher Flausch besetzt |
| Damen-Mäntel | Velour de laine mit Flauschkragen und Stufen. |
| Hauskleider | Stoffe m. langen Ärm. |
| Pullover-Kleider | schlichtes Muster |
| Damen-Kleider | reinwollen. Rips. Goldstickerei |
| Tonikkleider | K. Taffet. m. viel Perl. 16.50 |
| Crêpe de chine-Kleider | jugendl. flausch Verarbeit. 16.50 |

Hosen und Berufskleidung

| | |
|-------------------------|--|
| Gestreifte Herren-Hosen | weich mollige Ware Meter 58 |
| Gestreifte Herren-Hosen | moderne Kammgarnstoffe Meter 58,- |
| Gestreifte Herren-Hosen | moderne Kammgarnstoffe 18.75,- 19.75,- 19.75,- |
| Herren-Kord-Hosen | unverwüstliche Qualität 9.75,- 7.75,- |
| Herren-Breeches-Hosen | Modell-Gebürde 1.20,- 1.25,- 1.25,- |
| Herren-Breeches-Hosen | Stone 11.25,- 8.25,- 6.25,- |
| Herren-Kniebecker | Ho. zu 16.75,- 18.25,- 7.75,- |
| Arzte-Mäntel | aus bek. Körper Qual. 8.75,- 7.75,- |

Herren-Artikel

| | |
|-------------------|--|
| Gummi-Hosenträger | vorteilh. Qual. vorzügl. Ausf. P. 55,- |
|-------------------|--|

Wollwaren

| | |
|------------------------|---|
| Rinder Pullover | verschied. Größen Stück 4.75,- 2.95,- |
| Kleidwesten | reine Wolle, mit Kragen Stück 6.75,- |
| Damen-Lumberjack | mit Plastik besetzt |
| Kostümdecks | plastiert, neueste Muster |
| Damen-Lumberjack | jeine Wolle mit kontrast. Stoff |
| Pullover-Kleider | Machart |
| Damen-Kleider | langen Ärm. reiswollen. Rips. Goldstickerei |
| Tonikkleider | K. Taffet. m. viel Perl. 16.50 |
| Crêpe de chine-Kleider | jugendl. flausch Verarbeit. 16.50 |

Baumwollwaren

| | |
|------------------|---|
| Hemdchenbarchent | weiss, mollige Ware Meter 58 |
| Eider-Pionell | grau u. gestreift Meter 55,- |
| Velour-Barchent | 1. Kleider u. Blusen Meter 55,- 75,- |
| Waschmusseline | neusten Farbenstufen Meter 58,- |
| Satin | uni mit Seidenglanz groß. Farbenordnung Meter 55,- |
| Satinzenleinen | Meter 58,- |
| Voll-Voile | schöne Außensteng. Meter 1.50,- |
| Züchten | gutes seides. Fabrikat 1.50,- Meter 1.10,- 80 cm breit Meter 72,- |

| | |
|--------------------|---------------|
| Eleg. Selbstbinder | zum Teil 1.45 |
|--------------------|---------------|

MESSE

— Weisse Waren —

Damen-Hemden

| | |
|----------------------|---------------------|
| Trägerform, feinfäd. | |
| Stoff und garniert | Stück 1.65,- 1.25,- |

Hemdchen

| | |
|--|--------|
| Renforcé, verschied. | |
| Ausführungen, gute Quai. Sick. 6.75,- 4.95,- | 3.95,- |

Hemdchen

| | |
|--|--------|
| Renforcé, verschied. | |
| Ausführungen, gute Quai. Sick. 6.75,- 4.95,- | 3.95,- |

Halbstores

| | |
|-------------------|------|
| Etamine u. gewebt | |
| 2.50,- 1.90,- | 85,- |

Toll-Bettdecken

| | |
|--------------------|--------|
| Ein- und zweilagig | |
| 8.50,- 5.75,- | 3.40,- |

Mitteldecken

| | |
|-------------------|------|
| gezeichnet | |
| Stück 1.45,- 95,- | 75,- |

Tischdecken

| | |
|----------------------------|--------|
| gezeichnet | |
| Stück 5.75,- 4.95,- 3.95,- | 2.95,- |

Waschtisch - Garnituren

| | |
|------------------------|--|
| mit Spitze und Einsatz | |
| 1.35,- | |

Servier-Schürzen

| | |
|-------------------|--------|
| gute Stoffe | |
| Stück 1.65,- 95,- | 1.95,- |

Servier-Schürzen

| | |
|--------------|--------|
| weiß | |
| Stück 2.85,- | 1.95,- |

Barasch

Möh' und Arbeit war Dein Leben,
Ruhe hat Dir Gott, der Herr, gegeben!

Am 26. Januar, abends 7½ Uhr, verschied nach
langem, schwerem Leiden, mein lieber, guter Mann,
unser treusorgendes Vater, Sohn, Schwiegersohn,
Schwager und Onkel, der stadt. Pensionär

Robert Kiefer

10 Tage vor seinem 48. Lebensjahr.

Breslau, Pürschau, den 26. Januar 1923.

Kinder 68

Im Namen der Befrauenden Hinterbliebenen:

Anno Kiefer, geb. Fichte, nebst Kindern.

Beerdigung: Dienstag, den 31. Januar, nachm. 3 Uhr, von
der Leichenhalle des Friedhofs in Dörgen (Bernhardin).

Aus eigener Werkstatt

hat und get. gewebt

Sofas von 35--190 Mk.

75--175

Kleider in moderner Formen

Größte Auswahl Teilzahlung gestattet

Albert Nowotny

22-24 Wittenstrasse 23-24

Die Vollsigle als Eheleibstüche

Bei Dr. Max Apel.

Rechnungen werden aus der Ergebnisliste nachgekauft

oder bei dem Kaufmann

</div

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 30. Januar 1928.

Der Kreuzzug des Weibes.

Der Film, der am heutigen Montag, abends 8 Uhr, im Zentralballsaal, Westendstraße 50/52, läuft und zu dem die Genossin **Else Schweiber** - Berlin einen erläuternden Vortrag hält, behandelt in ergreifenden Bildern ein besonderes Kapitel aus der langen Leidensgeschichte der Frau. Er zeigt die tragischen Folgen der heutigen Gesetzgebung, die jede Unterbrechung der Schwangerschaft unter schwere Strafe stellt.

Das lebenswahre Schicksal einer Proletariermutter zieht an uns vorüber — tritt ihrer wirtschaftlichen Not und schwachen Gesundheit muß ihr der Arzt, dem Gelehrte folgend, seinen Beistand verwehren und so wird sie das Opfer eines unlachgemühen Eingriffes. Auch ihr Mann wird mit in die Tragödie hineingezogen — eine Arbeitersfamilie mehr, eine, die als Beispiel für Tausende gelten kann, die im Namen des Gesetzes zerbrochen wird.

Wir sehen auch die Qualen des vergewaltigten Mädchens, das ohne Liebe, ohne Glück, Opfer eines brutalen Verbrechens Mutter werden soll.

Die Rollen des Dramas sind von Darstellern verkörpert, die diese Wirkung auslösen — nur eines sei kritisch gesagt, daß die Tragik des Lebens noch schwerer ist, als der Film, der bestrebt ist, zu versöhnlichen Lösungen zu gelangen.

Jeder Mann und jede Frau sollte heut abend diesen Filmvortrag besuchen. Der Eintrittspreis beträgt nur 20 Pfennige, für Parteimitglieder 10 Pfennige.

Wie Breslau wurde.

Das Statistische Amt der Stadt Breslau gibt alljährlich ein kleines „Statistisches Taschenbuch“ heraus, das wissenschaftliche Zahlen über alle möglichen Dinge enthält. Neulich ist das Bandchen für 1927 erschienen. Wir finden darin Mitteilungen über die Einwohnerzahl der Stadt Breslau im Zeitpunkt verschiedener geschichtlicher Begebenheiten, nach verschiedenen Quellen geschäkt. Beim Übergang der Stadtregierung an die Jünfte im Jahre 1429 hatte Breslau rund 20 000 Einwohner. 1525, als das Allerheiligsten-Hospital gegründet wurde, waren es rund 35 000. Am Ende des dreißigjährigen Krieges, 1648, war die Einwohnerzahl auf 30 000 gesunken. 1741 wurde Breslau mit 40 000 Einwohnern preußisch. Zehn Jahre später wurde es von den Österreichern erobert, die Einwohnerzahl betrug damals 56 000. In den folgenden Jahren gab es wieder einen Rückgang, denn 1765 waren es bei Errichtung einer Königlichen Bank nur noch 53 000. 1787 kam die neue Magistratsordnung bei einer Einwohnerzahl von 54 000. 1804, bei Gründung der Gesellschaft für vaterländische Kultur, sind 67 000 verzeichnet. Ein neuer Rückgang stellte sich mit den Kriegen ein, die Franzosen erobernden Breslau 1807 mit 62 000 Einwohnern. Nach der Vereinigung der fünf Vorstädte mit der Stadt waren zwei Jahre später 64 500 Einwohner vorhanden. 67 000 waren es, als 1813 die alten Festungswälle an die Stadt übergeben wurden. 1825 wurde der erste schlesische Provinziallandtag in Breslau abgehalten; Einwohnerzahl 87 500. Als dann 1831 zum ersten Male die Cholera in Breslau ausbrach, hatte die Stadt 89 500 Einwohner.

1842, bei Gründung der ersten Eisenbahn in Breslau, war die Großstadtzahl von 100 000 erreicht. Seitdem hat sich die Einwohnerzahl fast verdoppelt — leider aber nicht etwa das Bohrgeren der Bürgerschaft. Der aufkommende Kapitalismus hat das moderne Großstadtleben, dessen Überwindung unsere einzige Aufgabe ist.

Groß-Razzia auf dem Hauptbahnhof.

Die Tatsache, daß die Verkehrsstation und die Warenhalle des Hauptbahnhofes in letzter Zeit ein beliebter Tummelplatz für leidenschaftliches Gelände geworden sind, gibt der Kriminalpolizei Anlaß, von Zeit zu Zeit im Einvernehmen mit der Reichsbahndirektion Razzien vorzunehmen. Die erste durchgreifende Razzia fand am Sonntag morgen gegen 4 Uhr statt. Unter Führung des Fahndungscommandos wurden 70 Schutzpolizeibeamte und 30 Kriminalbeamte eingesetzt, die mit Eilzügen nach dem Hauptbahnhof transportiert wurden und sofort plötzlich alle Ein- und Ausgänge, sowie die Zugänge zu den Bahnsteigen legten. Nach einer Pause von 15 Minuten, die dem Bäcker und Bahnhofswirtschaften zur Kassierung gegeben wurde, ging es die Prüfung der Wartesäle, die den Eindruck vollbesetzter Nachtställe erweckten. Die Inhaber von Fahrkarten nach Breslau, Oppeln und Deutsch-Piastia, sowie die Besitzer von Bahnsteigkarten wurden in gleicher Weise auf ihre Personalien geprüft, wie alle die Fahrtkarte enttäuschten Personen, von denen sich viele im ersten Augenblick eine Karte nach dem Oderbahnhof lösten, in

Die Ausstellung:
Deutschland
und
Österreich.

Wir haben hier vor kurzem schon mitgeteilt, daß in der Zeit vom 9. bis 28. Februar in der Ausstellungshalle des Künstlerbundes Schlesien, Christophoriplatz, vom Arbeiter-Bildungs-Ausschuß Breslau die Wanderausstellung des Wiener Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums: „Deutschland und Österreich“ gezeigt wird. In dieser Ausstellung werden bekanntlich die sozialen Verhältnisse dieser Länder in verschiedenen Beziehungen durch bildliche Darstellungen dem Betrachter näher gebracht. Um einmal die Methode der Darstellung zu zeigen, und damit sich unsere Leser ein Bild davon machen können, was in dieser Ausstellung u. a. zu sehen ist, ist nebenj. eine verkleinerte Wiedergabe einer der auszustellenden Tafeln abgedruckt. Diese Tafel stellt dar, welchen Anteil die Großmächte der Erde an der Gesamtbevölkerung der Erde haben. Jede der angeführten Figuren vertreten 100 Millionen Menschen. Man sieht daraus, daß schon der erste Blick auf die Tafel ganz sinnfällig das Größenverhältnis der Großmächte zueinander zeigt. Auf der rechten Seite ist dann diese bildliche Darstellung erläutert.

Zum Schluß sei noch einmal mitgeteilt, daß die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter Breslaus Eintrittskarten zu der Ausstellung durch ihre gewerkschaftlichen Verbände und deren Vertrauensleute erhalten können. Alles Nähere siehe die weiteren Veröffentlichungen.

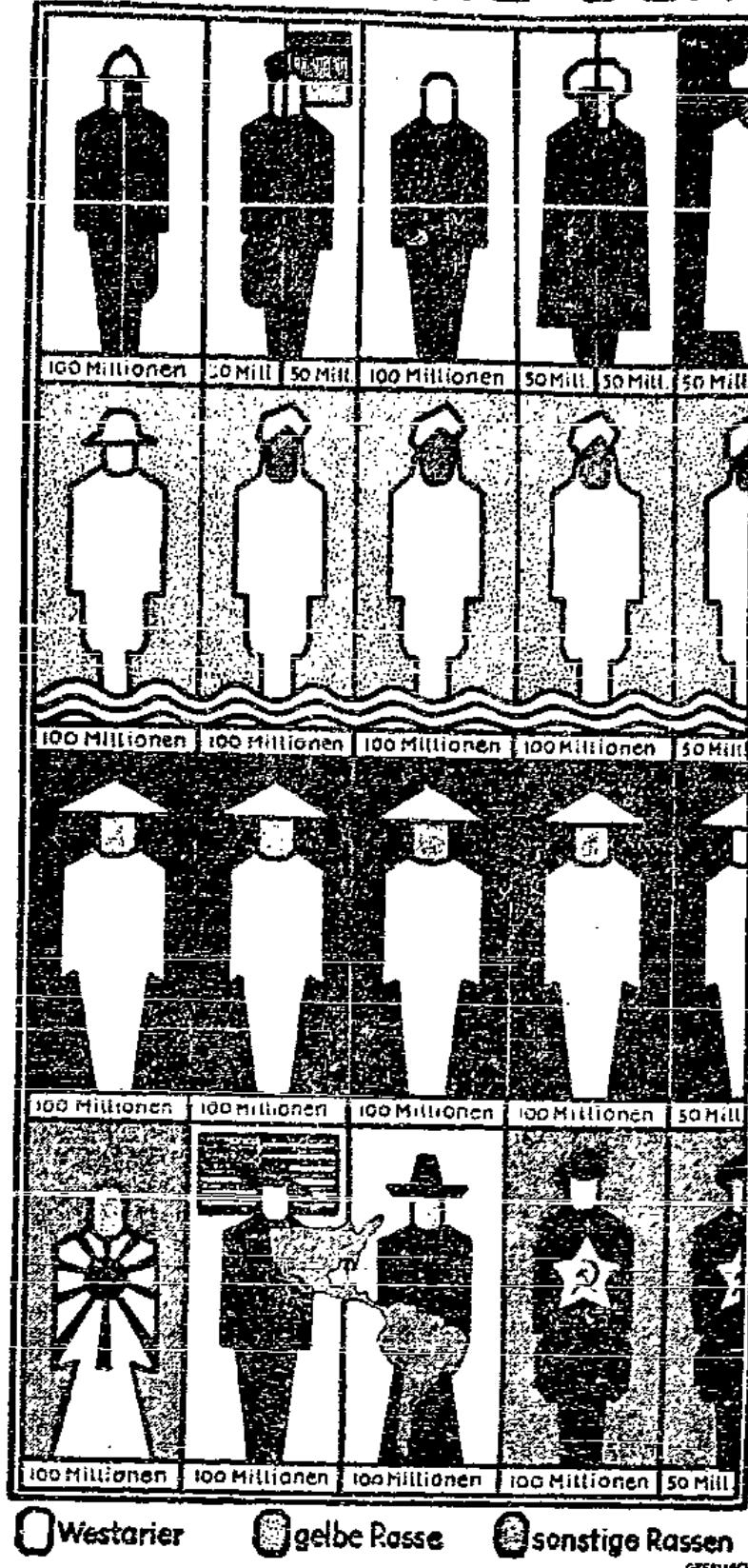
Arbeiter-Bildungs-Ausschuß Breslau.

dem Glauben, dadurch der Kontrolle zu entgehen. Die Sistierten wurden durch eine starke Polizeiabteilung nach der Kriminalwoche im Hauptbahnhofe abgedrangt, wohin auch das 128 Kästen umfassende Steckbriefregister zum Zwecke der Kontrolle gebracht worden war. Radikalistische Elemente, die sich weigerten, sich auszuweisen, wurden sofort aus der Menge entfernt und in Gewahrsam genommen. Das wirklich reisende Publikum wurde durch die Razzia wenig behelligt. Insgesamt wurden 350 Personen überprüft, von denen acht Personen in Haft genommen worden sind, da sie wegen verschiedener Vergehen gejagt wurden. Weitere neun Personen wurden wegen ruhestörenden Verhaltens festgestellt.

Armenpeisung durch die Polizei.

Während des Monats Februar werden aus der Küche der Polizeiunterkunft in der Bürgerwerder-Kaserne eine Anzahl bedürftiger Personen gefeuert. Aus allen Revieren wurden Bedürftige ermittelt und in Vorschlag gebracht, die nun, dreißig an der Zahl, immer über den andern Tag die volle Tagesration eines Schupobeamten zugewiesen erhalten. Diese Speisungen, die vom Polizeipräsidium organisiert sind, werden aus einem bei der Breslauer Polizei bestehenden Sühnefonds bezahlt. Bei diesem Sühnefonds handelt es sich um freiwillig gezahlte Geldbußen, die sich inkriminierte Personen nach harmlosen Zusammenstößen mit Polizeibeamten oder geringfügigen Bekleidungen zu zahlen bereit erklären, wenn es nicht zu einem Termin kommt. Wenn sich dieses soziale Hilfswerk auch nur in so bescheidenem Umfang auswirkt, so ist es doch zu begrüßen, da es einigen armen Volksgenossen für kurze Zeit die Sorge um das tägliche Brot nimmt. Der Sühnefonds der Breslauer Polizei, der schon seit mehreren Jahren die Durchführung einer solchen Armenpeisung ermöglicht, ist ein Zeichen dafür, daß sich kleine Zwischenfälle des täglichen Lebens auf eine Art wieder ungeliehen machen lassen, die einer Anzahl armer Menschen zu einer begütigenden Unterstützung wird.

DIE MÄCHTE DER ERDE



Erste Sonderfahrt 1928.

Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Breslau teilt mit: Im Verein mit der Reichsbahndirektion Oppeln veranstaltet die Reichsbahndirektion Breslau am 11. und 12. Februar eine Wochendfahrt nach der Reichshauptstadt. Der Fahrkartentausch beginnt am 1. Februar. Mit den Fahrkarten werden Plakatsätze verabfolgt, aus denen alles für die Fahrt Wissenswerte zu erleben ist.

Der Sonderzug führt im folgenden Fahrplan:

| Fahrzeit: | Rückfahrt: |
|--|------------|
| 10,17 ab Brieg (16,80 Mark)*) | an 7,47 |
| 10,33 ab Ohlau (16 Mark) | an 7,29 |
| 11,13 ab Breslau Hauptbahnhof (14,80 Mark) | an 6,39 |
| 11,56 ab Maltitz (13 Mark) | an 5,55 |
| 12,21 ab Liegnitz (12 Mark) | an 5,31 |
| 17,32 ab Berlin Schlesischer Bahnhof | an 0,22 |
| 17,40 ab Berlin Alexander-Bahnhof | an 0,07 |
| 17,46 ab Berlin Friedrichstraße | an 0,00 |
| 17,59 ab Berlin Zoo | an 23,48 |
| 18,00 ab Berlin-Charlottenburg | an 23,41 |

*) Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt (4. Klasse). Für Unterkunft und Unterhaltung in Berlin wird gesorgt. Der Verkauf der Fahrkarten und der für die Veranstaltungen in Berlin erforderlichen Autozertifikate beginnt am 1. Februar und schließt am 9. Februar, 19 Uhr. Die Unterkunft kann bei den Fahrkartenausgaben bestellt werden.

Die Fahrt findet jedoch nur bei genügender Beteiligung statt.

Gleichzeitig wird jetzt schon auf eine in Aussicht genommene mehrtägige Sonderfahrt nach München vom 17. bis 22. Februar aufmerksam gemacht. Es bietet sich dadurch Gelegenheit zur Teilnahme am Münchner Karneval und für Sportfreunde billige Gelegenheit zur Fahrt in die bayerischen Alpen. Mit den Bekanntmachungen zu dieser ersten längeren Fahrt wird in Kürze begonnen.

Vom Arbeitsgericht.

1914 unbezahlte Überstunden mit Erfolg eingelagert. Ständige Überstundenarbeit scheint bei vielen Meistern des Bädergewerbes eine Selbstverständlichkeit zu sein, noch selbstverständlicher, daß man diese geleistete Mehrarbeit nicht zu bezahlen braucht. Ein besonders krasser Fall stand in den letzten Wochen in nicht weniger als sechs Terminen vor dem bayerischen Arbeitsgericht zur Verhandlung.

Der bei der Firma R. beschäftigte Bädergeselle B. verklagte, als er im Juli vergangenen Jahres von seinem Meister entlassen wurde, dieer auf Zahlung von 1914 geleisteter und nicht bezahlbarer Überstunden in der Höhe von 987,50 Mark. Das Gericht war ob solcher Forderung zunächst erstaunt. Der Befragte fand die Sache „sächerlich“ und bestritt die Zahl der Überstunden. Aber durch drei Zeugen und seine Ehefrau konnte der Klagende nachweisen, daß er im Jahre 1927 an 228 Tagen und im Jahre 1928 an 103 Tagen täglich drei Überstunden geleistet

hatte, die nicht vergütet wurden. Nunmehr erklärte der Befragte, daß der Klagende durch sein bisheriges Stillstehen auf besondere Bezahlung der Überstunden verzichtet habe und er durch diese nach seiner Entlassung erfolgten Klage „wider Treu und Glauben“ handele. Andere Auffassung war das Gericht, das in der Urteilsbegründung sagte, der Arbeitgeber habe wider Treu und Glauben gehandelt, wenn er sich ohne weiteres über die gesetzlichen (Arbeitszeitnotverordnung) und tariflichen Verpflichtungen hinwegsetze. Der Anspruch des Klagenden ist auch nach seiner Entlassung berechtigt. Die wirtschaftliche Zwangslage vieler Arbeitnehmer, namentlich in Bäderbetrieben, bringt es mit sich, daß gesetzliche Ansprüche nicht geltend gemacht werden, um nicht entlassen zu werden. Der Arbeitgeber macht sich bei Überarbeit ohne Bezahlung nicht nur zahlungsspielig, sondern auch strafbar. Der Befragte wurde zur Zahlung der vollen geforderten Summe in der Höhe von 987,50 Mark verurteilt.

Dieses Urteil ist von besonderer Bedeutung, da gerade im Bädergewerbe, und insbesondere in Bäderbetrieben, die regelmäßigen Überstunden geleistet werden. Der obige Urteil spricht sehr bestreitlich fest, macht aber besonders die Arbeitsverhältnisse hier einmal ein wenig näher sich die Arbeitsverhältnisse anzuschauen.

Kunst und Wissenschaft.

Kunstausstellung der jürfreien Arbeitsgemeinschaft Schlesien.

Ausstellungshalle Christophoriplatz.

Wenn auch bei Ausstellungen einer so frei zusammengesetzten Gruppe nicht jede neue Schau besondere Eindrücke bringt, so es doch für das künstlerische Leben immer zu begrüßen, wenn neue Künstler und anderer etatmäßig vorstehende Künstler sich der Beobachtung darbieten und es ist auch in dieser Ausstellung der zügigen Arbeitsgemeinschaft interessant, verschiedene eingestellte Kräfte gegeneinander abzuwagen. So bei einer Reihe von Künstlern das Stillleben und Bildnis anders bevorzugt und auch geglückt, wie von E. Buchwald ein überbolinisches, dagegen von A. Haberfeld, von J. Haberfeld ein Blumenstillleben, von H. Pezold ein Stillleben mit Vase, von Sot ein Stillleben mit Zitrone. Hier ist die Formenstrengung die Vereinfachung der Farbe überzeugend, während sie in Landschaft gelegentlich eine zu starke Abflüchtigung mit sich bringt. Dies scheint bei H. Pezold der Fall, vielleicht auch einmal bei dem frisch temperamentsvollem und witzlich lebendigen Schau. Deshalb ist es zu verstehen, wenn W. Götzsch seinem „Scheiterkreis“ oder dem „Abend an der Oder“ farbiger malerische Ausdruck statt der zeichnerischen Betonung und raumflächigen Komposition gibt oder ebenso A. Marcus-Ephraim ihren „Kärtchentypen“, die eine gewisse Raffinesse haben. Bei einigen der Schau genannt ist die besondere Note bekannt. E. Bartoschek ist in der Farbe allerdings unruhig und schwule Rose. Romnick entfalt auf der Grundlage einer tonigen Behandlung eine aufrechte Linienhaftigkeit. E. Schärper, Siegrist, in virtuosen Techniken, eine gewisse Raffinesse macht aber seine Bilder

Die russischen Gewerkschaften.

Eine Studie des Internationalen Arbeitsamtes.

Niedrige Kämpfe um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen haben die Gewerkschaften in diesem Frühjahr auszufechten. Die kommunistischen Querstreiter werden bei allen diesen Kämpfen, ähnlich wie jetzt bei der Ausschaltung der mitteldutschen Metallarbeiter, nicht müde werden, den Gewerkschaften Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Es trifft sich daher gut, daß soeben eine auf sowjetrussischen Quellen aufgebauten Studie über die russische Gewerkschaftsbewegung der Deutscherzeit vorgelegt wird. Die vom Internationalen Arbeitsamt gegebene Darstellung „Die Gewerkschaftsbewegung in Sowjetrussland“ sollte von jedem Gewerkschaftsfunktionär genau studiert werden und darüber hinaus in die örtlichen Schwunzen der organisierten Arbeiterschaft einfließen; denn diese Darstellung gibt zum ersten Male ein klares Bild über die Gewerkschaftsentwicklung in Sowjetrussland, und damit zugleich jedem Arbeiter die Erkenntnis mit auf den Weg: Die Russen können von der deutschen Gewerkschaftsbewegung immer noch etwas lernen. Nach vielen Kräfte- und Umwegen kommen sie allmählich dort an, wo die deutschen Gewerkschaften längst stehen.

Die Darstellung des Internationalen Arbeitsamtes zerfällt in drei Teile: Die kommunistische Theorie vom Gewerkschaftswesen und ihre Anwendung, die Gewerkschaftspolitik und schließlich die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Gewerkschaften. Das Kapitel über die Theorie, z. B. über die revolutionären Zielen der Moskauer Gewerkschaftsauffassung, über die Ablehnung jeder parteipolitischen Neutralität, über die starke Betonung der Industrieverbände, über die Aufgabe der Gewerkschaften unter der Diktatur des Proletariats usw. bringt für den halbwegen unterrichteten Gewerkschafter nicht viel Neues. Interessanter wird die Darstellung bei dem Kapitel über die Durchführung der kommunistischen Gewerkschaftstheorie während des kommunistischen Regimes in der Zeit von 1917 bis 1921. Die Ergebnisse des kommunistischen Regimes zeigen folgendes Bild: Zu Ende 1919 haben die Gewerkschaften in allen Zweigen des wirtschaftlichen und politischen Lebens ihren Platz erobert, so stark, daß die kommunistische Partei sich zu der Feststellung gedrängt hat: Die Gewerkschaften sollen sich allmählich in Hilfsorgane des proletarischen Staates umwandeln, doch darf nicht das Gegenteil eintreten. Die Gewerkschaften waren in der kommunistischen Periode das Mütterchen für alles. An allen möglichen Staatsorganen waren sie beteiligt. Die Verstaatlichung der Gewerkschaften war zwar nicht legalisiert, aber doch praktisch nahezu durchgeführt. Auf dem Gebiet der Organisation und des Arbeitsschutzes waren die Gewerkschaften seit 1919 nahezu unumschränkte Herrscher. Während des Bürgerkrieges verwandelten sie fast auch

in Mobilisationsbüros und wurden zu Zweigämtern des Kriegsministeriums. Die Kommunistische Partei sah es durch, daß die Gesamtheit der Arbeiter den Gewerkschaften angehörte, mit Ausnahme jedoch der Bauern und der früheren bürgerlichen Klasse. Der Beitritt erfolgte zwangsläufig, nicht freiwillig. Die kommunistischen Gewerkschaften hatten das Organisationsmonopol ähnlich wie die Nazis in Italien.

Aber das alles war nur ein vorübergehender, anormaler Zustand, vor dem möglich in der kommunistischen Sturm- und Drangperiode. Als im Jahre 1920 noch außen wie innen die militärischen Vorgänge endet waren und die Friedliche Zeit und die Wiederherstellung der Wirtschaft in Angriff genommen werden sollten, kam auch für die Gewerkschaften ihr Damals. Lenin trat mit der Einführung der neuen Wirtschaftspolitik den großen Rückzug an. Die Produktion mußte neu organisiert werden: Entwicklung der Privatinstitution, Reingewinn und Rentabilität spielten wieder eine Rolle, gegenüber der Entwicklung der Großbetriebe und bald auch gegenüber den nationalisierten Betrieben mußten die Interessen der Arbeiter verteidigt werden. Bei der Schlichtung von Streitigkeiten mußten die Gewerkschaften mehr und mehr vor dem Arbeitskommissar als dem Obersten Schlichter zurücktreten. Von Verstaatlichung der Gewerkschaften war jetzt nicht mehr die Rede. Nach Einführung der RKP (Reinen ökonomischen Politik) bestehlt die Hauptaufgabe der Gewerkschaften in der Verteidigung der Interessen der Arbeiter, das heißt vor allem im Ausbau der Kollektivverträge und in der Feststellung der Arbeitsbedingungen und Lohnsätze mit den privaten oder amtlichen Arbeitgebern. Der Streik wird wieder mehr zugelassen, wenn auch nur ausnahmsweise. Die Gewerkschaften müssen sich mit der Rolle einer der beiden Parteien in den rechtmäßig auf paritätischer Grundlage eingesetzten Schlichtungsorganen begnügen. Sie haben sich genau wie die Arbeitgeber dem amtlichen, vom Arbeitskommissar organisierten Schiedspruch zu unterwerfen. Die Erziehung zum Kommunismus bleibt den Gewerkschaften nur in der Freizeit der Arbeiter möglich.

Der Umschwung, der sich mit der Einführung der neuen Wirtschaftsordnung vollzog, führt zugleich auf dem Gebiet der Organisation zu tiefgreifenden Veränderungen. Der erste Schritt ist die Rückkehr zum freiwilligen Anspruch; es folgt der Abbau der finanziellen Unterstützung des Staates, schließlich die individuelle Beitragsteilung usw. Diese organisatorischen Veränderungen, das heißt die Umstellung in der Gewerkschaftspolitik, sollen in einem besonderen Aufsatz behandelt werden.

Beschärfung des Kampfes in Mitteldeutschland.

Solidaritätsvertrag zwischen der rheinisch-westfälischen und mitteldeutschen Großindustrie.

Dortmund, 29. Januar. (Eigener Funkbericht.) Wie unser Korrespondent erfährt, haben rheinisch-westfälische Großindustrielle die zuständigen Stellen in Berlin wissen lassen, daß sie wegen der allgemeinen Auswirkungen des Konflikts der mitteldeutschen Industrie an den Vorgängen in erheblichem Maße interessiert sind. Aus diesem Grunde erachten die zuständigen Stellen, bei ihren Beschlüssen die allgemeinen und gemeinsamen Interessen der mitteldeutschen und der rheinisch-westfälischen Industrie zu beachten. Wie verlautet, ist zwischen den mitteldeutschen und rheinisch-westfälischen Industrien ein Solidaritätsvertrag abgeschlossen worden, der eine finanzielle Unterstützung der durch den Arbeitskampf in ihrer Existenz bedrohten mitteldeutschen Werke aus dem Kampfonds der rheinisch-westfälischen Industrie vorsieht.

Eine Veröffentlichung der „Kölnischen Zeitung“ über die zwischen den mitteldeutschen Stahlwerken und der rheinisch-westfälischen Industrie geführten Befreiungen zur gegenwärtigen Sicherung hat in Gewerkschaftskreisen außerordentliches Aufsehen hervorgerufen und zu einer erheblichen Verstärkung der Lage geführt.

Das Allerneueste.

Ein Arbeitsgericht untersagt Streitunterstützung.

Wie die „Volkszeitung“ aus Dresden meldet, hat das Dresden Arbeitsgericht auf Antrag der Arbeitgeber eine einstweilige Verfügung erlassen, wonach es den Gewerkschaften unter der üblichen Strafandrohung verboten wird, den streitenden oder ausgesperrten Arbeitern der sächsischen Hüttenindustrie Streitunterstützungen zu zahlen.

Nächstens wird man wohl die Gewerkschaften überhaupt verboten. Bei solcher, gelinde gesagt, Vermittlung der Rechtsbegriffe ist alles möglich.

Vor neuen Arbeiterentlassungen auf den Saargruben.

Aus Saarbrücken wird gemeldet:

Am Sonnabend nachmittag waren die Vertreter der Saargrubenorganisationen zu Befreiungen auf der Bergwerksaktion eingeladen, wo ihnen mitgeteilt wurde, daß trotz aller Bemühungen bessere Abschlagsmöglichkeiten nicht gefunden worden waren. Es bliebe nichts anderes übrig, als die Feierlichkeiten beizubehalten oder Entlassungen vorzunehmen. Man habe sich dahin entschieden, Ende Februar weitere 4000 Mann der Belegschaften entlassen. Die Vertreter der Organisationen wurden aufgefordert, zu den geplanten Maßnahmen Stellung zu nehmen. Eine Einigung kam nicht zustande. Es sollen weitere Verhandlungen in nächster Zeit stattfinden.

Ein außerordentlicher Verbandsrat

des Deutschen Chorjäger- und Ballererverbandes, der dem Afa-Bund angelässt ist, fand dieser Tage in Stuttgart statt. Der Tagung wohnte als Vertreter des Afa-Bundes Reichstagsabgeordneter August Häberlein bei. Nach dem Häberlebericht bezifferte sich der Mitgliederstand Ende 1927 auf 3472. Durch eine Änderung der Satzungen wurde den Chorern, Leiterinnen, Mitgliedern und Eleven von Tanzgruppen die Werbung der Mitgliedschaft ermöglicht. Der Verband wird nun großer Namen „Deutscher Chorjäger-Bund und Tänzer-Bund e. V.“ führen.

Charf verurteilt wurde von der Tagung die Gagenkonvention des Deutschen Bühnenvereins, die einzelnen Mitgliedern des Vereins unter Androhung von Haftstrafen verbietet, über die Gagenhöchtgrenze von 30 Mark hinauszugehen. Wie der Verbandsvorsitzende Häberlein mitteilte, will der Verband durch eine Feststellungsliste dem Arbeitgeber die Konvention als gegen die guten Sitten

die Zukunft Überraschungen vorzubeugen. In demselben Artikel, der selnerzeit den Verhandlungen über die Genehmigung des Eisenpreises teilgenommen habe, beabsichtige er, die ganze Eisenpreisfrage zu erörtern, insbesondere wolle er auf die Tatsache eingesehen, daß die süddeutschen Eisenverbraucher durch die Eisenpreiserhöhung besonders benachteiligt sind.

In Übereinstimmung mit dieser Ankündigung hat der Reichswirtschaftsminister am Sonnabend angeordnet, daß ihm fünfzig Abdruck aller zur Durchführung der nachgenannten Kartellverträge getroffenen Beschlüsse, Vereinbarungen und Verträge, sowie die Regelung der Preise oder Handelsbedingungen betreffen, einzureichen sind, und daß Maßnahmen dieser Art erst nach Zugang der Abdrücke in Kraft treten. Unter diese Anordnung des Ministers fallen u. a. Verträge der Rohstoffgemeinschaft, des Stahlerverbundes, der Benzolvereinigung, des Großblechverbundes und des Waldbrahmverbundes. Der Minister fühlt sich bei seinem Vorgehen auf den § 4, Absatz 1, Ziffer 3, der Kartellverordnung und rechtfertigt seinen Schritt durch den Hinweis, daß die Art der Durchführung der vorgenannten Abdrücke und Geschäftsbedingungen für Walzerzeugnisse zum Ausdruck gekommen ist, die Gemeinwirtschaft und das Gemeinwohl gefährdet.

Grüne Woche in Berlin.

Am Sonnabend wurde in Berlin die Grüne Woche eröffnet, die, verglichen mit der Ausstellung im vorigen Jahre, eine starke Verschiebung und Vertiefung aufzuweisen hat. In der Gründungsversammlung sprach Reichsernährungsminister Schiele, der das Protektorat der Grünen Woche übernommen hat, u. a. über die Krisen in der Landwirtschaft, die nur durch eine auf Abschaffung der Einführung hinzielnde Handelspolitik, durch Selbsthilfe, durch Heranziehung der neuesten Erkenntnisse der Wissenschaft und Technik und durch Anpassung der Landwirtschaft an die Ansprüche des Konsums und die modernen Agrar- und Handelsorganisationen zu überwinden seien. Der preußische Landwirtschaftsminister Dr. Steiger wies auf die Bedeutung des Waldes und der Jagd für Wirtschaft und Ernährung hin. Als Vertreter der Stadt Berlin sprach Oberbürgermeister Böck als Beauftragter des Reichsverbandes des deutschen Gartenbaus der bekannte Pionier des Frühgemüsebaus, Direktor Grobbeck.

Um die Ausstellung weitern Kreisen zugänglich zu machen, werden von den wichtigsten deutschen Städten Sonderläufe nach Berlin eingeleitet. Sie fahren zum erstenmal von Hamburg am 4. und 5. Februar, von Althersleben, Magdeburg und Dessau am 5. Februar ab.

Steigende Verdienste in der Elektro-Industrie.

415 000 Mark Entschuldigung für die Aufsichtsräte.

12 Prozent Dividende.

Die elektrotechnische Industrie steht seit Jahren in einer Periode ständig steigender Hochkonjunktur. Seit der Stabilisierung der Mark haben sich die Umläufe der großen Elektro-Konzerne von Jahr zu Jahr gesteigert. Auch für das Jahr 1927 wird zum Beispiel bei der AEG eine Steigerung des Absatzes gegenüber dem Vorjahr um mehr als die Hälfte gemeldet. Die Aufsichtsräte des größten deutschen Elektro-Konzerns (Siemens-Schuckert-Werke und Siemens & Halske) haben die Abschlüsse für das am 30. September 1927 zu Ende gegangene Geschäftsjahr genehmigt. Die Abschlüsse weisen Nettoergebnisse auf und eine wesentliche Steigerung der Dividende auf.

Bei der Siemens & Halske A.-G. freigerte sich der Reingewinn von 15,348 Millionen auf 18,851 Millionen Mark. Die willkürliche Gewinnsteigerung wird man erst aus der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung ersehen können, die in einigen Wochen vorgelegt werden. Allem Anschein nach müssen sich die Profite gegenübersetzen, daß dem Vorjahr stark erhöht haben. So steht der Abschluß unter anderem eine besondere Rücklage von 5 Millionen (gegenüber 2,5 Millionen im Vorjahr) vor. Auch die Herren Aufsichtsräte haben sich eine Lohnsteigerung bewilligt. Dem Aufsichtsrat werden nämlich in diesem Jahre 415 000 Mark zugesprochen, während der vorjährige Abschluß „nur“ 298 000 Mark vorsteh. Die Dividende wird von 10 auf 12 Prozent heraufgesetzt. Der größte elektrotechnische Konzern in Deutschland zahlt also dieselbe Dividende wie die J. G. Farbenindustrie, woraus zu schließen ist, daß die große Industrie in Deutschland 12 Prozent als angemessene Rente, als Standard-Dividende, betrachtet.

Bei den Siemens-Schuckert-Werken wird die Dividende nur von 8,5 Prozent auf 9 Prozent erhöht. Diese niedrigere Dividende erklärt sich aus den veränderten Kapitalverhältnissen der erst im vorigen Jahre in eine Aktiengesellschaft umgewandelten Siemens-Schuckert-Werke. Mit schlechteren Rentabilitätsverhältnissen hat die Niedrighaltung der Dividende nichts zu tun. Der Reingewinn der Siemens-Schuckert-Werke selbst erhöhte sich von 12,175 Millionen auf 14,78 Millionen Mark.

Die Bahnhüttenbewegung, ihr Wesen, ihr Ziel und ihre Entwicklung. Für die deutschen Gewerkschaften kurz dargestellt von A. Ellinger. Preis 50 Pfennige. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes G. m. b. H., Berlin, S. 14. Die Stilllegungsandrohung der rheinisch-westfälischen Schwerindustrien, deren Ausführung die deutsche Wirtschaft auf das allerhöchste erhöllt, zahlreiche Arbeiter und auch bürgerliche Eigentümern vernichtet und die Arbeiter und Verbraucher in äußerste Abhängigkeit von den Kapitalgewaltigen bringen würde, hat, wie keine andere Maßnahme, die Unhaltbarkeit der privatkapitalistischen, auf den Eigentum gestellten Wirtschaftsordnung auch den Kreisen gezeigt, die bisher den auf die Durchsetzung der Gemeinwirtschaft gerichteten Bestrebungen teilnahmslos oder ablehnend gegenüberstanden. Es ist ihnen klar geworden, daß ein solcher Misbrauch des Besitzes der Produktionsmittel unmöglich sein würde, wenn sie der Allgemeinheit gehören und an die Stelle der Privatwirtschaft eine den allgemeinen Bedürfnissen des ganzen Volkes gerecht werdende Gemeinschaft treten würde. Wird die gesamte Erzeugung so eingerichtet, daß ein jeder Volksgenosse die für ihn geeignete Tätigkeit unter Schonung seiner Arbeitskraft in rationellster Weise ausüben kann, dann werden die Verlustquellen der kapitalistischen Wirtschaft infolge unzureichender Betriebsführung, Aussperrungen, Streiks und Arbeitslosigkeit versiegen und das Glück wird aus der Welt verschwinden. Einen wichtigen Schritt zur Freisetzung dieses Ziels stellen die Konsumgenossenschaften und Bahnhüttenbewegung dar. Neben die Entwicklung der legenden, nun seit Jahren bestehenden Bewegung, ihr Wesen und ihre Ziele, unterschreibt die Schrift von A. Ellinger in eindrucksvoller Weise. Sie zeigt die Ursachen der Entstehung der Bahnhüttenbewegung und die zu überwindenden und zu einem großen Teil bereits überwundenen Widerstände, zeigt, daß es gelang, die Bahnhüttenbewegung innerlich so zu festigen, daß sie heute einen Wirtschaftsfaktor darstellt, mit dem auch die Gegner rechnen müssen. Diese streng sachliche Darstellung wird allen Gewerkschaften, Gewerkschafts- und Parteifunktionären willkommen sein, weil sie ihnen in allernäherster Form alles Wissenswertes über die Bahnhüttenbewegung vermittelt, deren Endziel die Gemeinwirtschaft an Stelle der kapitalistischen Privatwirtschaft ist.

Wirtschaft.

Um die Eisenpreiserhöhung.

Maßnahmen des Reichswirtschaftsministers.

Über die vom Reichswirtschaftsministerium angekündigte Aktion gegen die Eisenpreiserhöhung erfährt der „Sozialdemokratische Presse Dienst“ folgendes: Für den 5. Februar hat der Wirtschaftsminister Besprechungen zwischen den Eisenproduzenten und Eisenverbrauchern angeordnet. Bei diesen Besprechungen soll in erster Linie die Preisfestsetzung für Süddeutschland erörtert werden. Am 8. Februar findet eine weitere Sitzung, die sich u. a. mit den internationalen Vereinbarungen in der Eisenindustrie beschäftigt, statt. Erörtert werden sollen alle Verträge und Abmachungen, denen die Eisenindustrie, nach dem Zoll, ihre Monopolstellung und ihre Monopolkraft zu verdanken hat.

Der Reichswirtschaftsminister hat im Haushaltsausschuß des Reichstages am Sonnabend die eingeleitete Aktion gegen die Eisenpreiserhöhung damit begründet, daß die Ausnutzung monopolistischer Stellen durch die Eisenproduzenten die Schädigung der deutschen Gesamtwirtschaft führt. Er halte es für notwendig, ein Warnungssignal aufzuspulen, um für

Vor dem Balle sollte man nie versäumen, Zahne und Mund mit der Kaliklor-Zahnpasta zu pflegen. Gerade beim Tanz- und Ballgespräch muß der Atem frisch und rein sein.

Karl Ulrich 75 Jahre alt.

In voller Rüstigkeit feierte der hessische Staatspräsident Genosse Karl Ulrich am 28. Januar seinen 75. Geburtstag. Ein Leben reich an Arbeit, Opfern und schweren Kämpfen liegt hinter ihm. Dem Aufstieg der Arbeiterklasse, der Schaffung der demokratischen und sozialen Republik galt sein Streben und Wirken. Mit zarter Energie und Ausdauer hat er auf allen Posten, auf die er berufen wurde, in höchstem Maße seine Schuldigkeit getan. Misserfolge und Enttäuschungen konnten ihn nicht beirren. Die schweren Kettenstrafen, die er für seine Überzeugung und den Sozialismus erdulden musste, haben ihn nicht entmündigt. Er blieb stets ein unerschrockener Streiter für die Sache der Arbeiterschaft. Streng gegen sich selbst und unermüdlich tätig zu sein für seine Mitmenschen, das war sein Lebensgrundzog. Als Politiker und Führer der hessischen Sozialdemokratie war er stets Optimist. Jünger wieder hat er es verstanden, die Kleinmütigen zu neuem Kampfe zu begeistern.

Am 26. Januar 1853 in Düsseldorf als Sohn eines armen Schuhmachers geboren, war Karl Ulrich gezwungen, schon als Kind die aus acht Köpfen bestehende Familie seines Vaters mit ernährn zu helfen. Von der Schule entlassen, erlernte er das Maschinendauertwerk. Im Jahre 1873 kam Ulrich zum ersten Male nach Offenbach am Main, hier fand er eine außergewöhnlich tüchtige Arbeiterschaft, die ihm ergriffen Brüderlichkeit. Maschinenbauer bald zu ihrem Führer gewählt. Wenige Jahre darauf wurde der junge Maschinenbauer durch das Vertrauen seiner Parteifreunde zum Schriftleiter der sozialistischen „Neuen Offenbacher Tageszeitung“ berufen. Zehn Jahre später, am 12. März 1883, zog Ulrich als erster Sozialdemokrat in die zweite Kammer der hessischen Landstände ein. 1890 wurde er Reichstagsabgeordneter, und 1896 gelang es ihm, als erster Arbeitervorsteher in die Offenbacher Stadtverordnetenversammlung gewählt zu werden. Unter dem Sozialistengesetz (1888-1890) wurde er im Freiburger Prozeß mit Seidel, Vollmar und anderen zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Auch diese Schmach überstand er ebenso wie andere Freiheitsstrafen.

Als später, im Jahre 1918, die Monarchie kläglich zusammenbrach, wurde Karl Ulrich als Arbeiters- und Soldatenrat zur Führung der neuen hessischen Regierung berufen. Seine vornehmste Sorge war damals, den Bürgerkrieg zu verhindern und das Land Hessen vor der Anarchie zu bewahren. Geradezu meisterhaft überwand Ulrich die ungeheuerlichen Schwierigkeiten. Die Folge war, daß er von der versammlungsbenden hessischen Volkskammer mit großer Mehrheit zum ersten Staatspräsidenten von Hessen gewählt wurde. Dieses Amt hat er bis heute inne.

Das Land Hessen verdankt dem einstigen Maschinenbauer und heutigen Staatspräsidenten Ulrich unendlich viel. Bei allem, was er tat, blieb er Sozialist, Demokrat und Republikaner. Mit Stolz blickt deshalb an seinem 75. Geburtstage auch die deutsche Sozialdemokratie auf das Werk dieses vornehmen und edlen Menschen zurück. Möge er noch lange Gelegenheit haben, wenn nicht an der Spitze der hessischen Regierung, so doch auf parlamentarischem Gebiete in seinem Parteiausschuß und seiner Partei weiterhin Kräfte zur Verfügung zu stellen. Das sei außer Wunsch zu seinem 75. Geburtstage.

* * *

Aufschluß des 75. Geburtstages des hessischen Staatspräsidenten Karl Ulrich hat das Gesamtministerium angeordnet, daß alle konsolidierten Büros am Sonnabend geschlossen bleiben, daß die öffentlichen Gebäude zu beliegen sind und in den Schulen der Unterricht ausfällt. Am Vormittag des 28. Januar werden die Landtagsfraktionen, die Organisationen und sonstige Körperschaften dem Staatspräsidenten Ulrich ihre Glückwünsche darbringen. Bereits findet auf Einladung des Gesamtministeriums zu Ehren des Staatspräsidenten ein parlamentarischer Abend statt. Die Sozialdemokratie in Darmstadt veranstaltet einen großen Festzug, verbunden mit Feierlichkeiten, wozu die gesamte Bevölkerung eingeladen wurde. Am Sonntag vormittag findet im Landestheater ein Konzert zu Ehren Ulrichs statt.

Röttcher aus der Haft entlassen.

Leipzig, 28. Januar. (Eigener Bericht.) Der fünfjährige Strafzettel des Reichsgerichts behandelte am Sonnabend die Haftstrafungsbeschwerde des Redakteurs Fritz Röttcher vor der pazifischen Zeitschrift „Die Wahrheit“ in Wiesbaden. Röttcher wurde Anfang November in Wiesbaden wegen angeblicher Landesverratsschändung verhaftet und für sein Tief in Untersuchungshaft. Er ist beschuldigt, in der Zeitschrift „Die Wahrheit“ über die legale Verfälschung der deutschen Reichsdebat zum Schaden Deutschlands bestimmtes Material veröffentlicht zu haben.

Die Verhandlung über den Haftstrafungsantrag der Rechtsanwalts endete mit Ausflug der Öffentlichkeit vor. Das Gericht kam nach kurzer Beratung zu folgendem Beschluss: Röttcher wird gegen Hinterlegung einer Kavution von 10 000 Mark und gegen eine Summe von 10 000 Mark, für die er zwei Bürgen bringen muß, auf freien Fuß gesetzt.

Neue Verkleinerung des Phoebeustandals.

Ergebnis des Sachverständigen soll ein anderer veröffentlicht werden.

Berlin, 27. Januar. (Eigener Bericht.) Der Richtungshof des Deutschen Reiches wird — wie wir erfahren — dem Reichstag schon in absehbarer Zeit einen Bericht über das Phoebeustand als vorliegen.

Es ist auffallend, daß dem Reichstage nicht der Bericht des Reichspostamts, sondern ein besonderer Bericht über den Phoebeustand vorgelegt werden soll. Schließlich ist doch der Reichspostamtmann identisch mit dem Präsidenten des Reichstechnikamtes, da beide Amter vor dem Staatsministerium verwaltet werden. Analogisch wären gelegentlich Gründe für die unterschiedliche Behandlung maßgebend. Wir sind nicht in der Lage, die Gründe hierzu einzeln anzugeben. Letzen Endes mag doch der Bericht des Reichspostamts auf das Glied hinzuweisen, wie der Bericht des Reichspostamts. Warum also doppelte Arbeit? Über plant man etwa, den Reichstag nicht über alle Angelegenheiten zu unterrichten?

Die Meineidsprozeßschule.

Berlin, 27. Januar. (Eigener Bericht.) Um Zeitungsmärkte im Strafgesetzbuch des Reichstages die Meineidsprozeßschule in ihrer ganzen Größe und Wirkung aufzuzeigen, trug einflußreiche Jäger vor. Im Jahre 1912 wurden 1200 Personen wegen Meineidsverbrechen verurteilt. Im Jahre 1913 waren es 2400. Einwiger sollte das Ergebnis dieser schrecklichen Strafmaßnahmen der Meineidsprozeßschule zu sein. Es kommt hinzu, daß ein erheblicher Prozentsatz dieser Meineide sehr schwerwiegend sind und 70 000 Strafen jährlich in Deutschland gefallen und das bei 2 Millionen Verurteilungen. Seitdem ist die Zahl der Strafen auf diesen Schwerpunkt abgesunken, während immer noch 20 Prozent Meineide schwer. Aber zwischen Jahr und Jahr nimmt die Zahl der Meineide ab.

Austritt aus der RSPD.

Berlin, 27. Januar. Wie der Sozialist Botschaft, mitteilte, ist das Mitglied des preußischen Landtages und des Reichstags Dr. Julius Kilius, jetzt Vorsitz des der Sozialdemokratie des Reichstags. — Da Schauspieler auch fertig sind.

Gegen die Unentschlossenheit des Bürgerblods.

Die Sozialdemokraten sehen Vertragung des Entschädigungs-ausschusses durch, bis die Koalition weiß, was sie will.

Berlin, 27. Januar. (Eigener Bericht.) Als der Reichstagssaal für Entschädigungsfragen am Freitag seine Verhandlungen über das Kriegsschädenabkommen fortsetzen wollte, erhoben die Vertreter der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Fraktionen dagegen Einspruch mit dem Hinweis, daß ihnen eine Teilnahme an den Beratungen so lange nicht zugemutet werden könne, bis die Regierungsparteien sich mit der Reichsregierung über die Gesamt Höhe der zu gewährenden Entschädigung und darüber geeinigt hätten. Da die Vertreter der Sozialdemokratischen Fraktion an ihrem Einprufer festhielten, erklärten die Regierungsparteien, daß sie sich im Interesse einer einhelligen Zusammenarbeit der Beratungen nicht widersetzen. Die Beratungen wurden darauf auf den nächsten Dienstag vertagt.

Der Bürgerblod läßt die Kinder verhungern.

Der Reichszuschuß für die Kinderpeisungen gestrichen.

Berlin, 27. Januar. (Eigener Bericht.) Der Haushaltsausschuss des Reichstages lehnt am Freitag die Beratung des Staats für das Reichsnährungsministerium fort. Im Verlaufe der Sitzung wurde unter anderem auch ein Antrag für die Kinderpeisung wo in früheren Jahren einen Betrag bis zu 5 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen, beraten. Die Regierung, die für die Großgartner nicht freigebig genug sein kann und hunderte von Millionen zur Verfügung stellt, erklärt dazu, daß die Kinderpeisung Landessache sei und das Reich bei der gegenwärtigen gespannten Finanzlage dafür keine Mittel bereithalten könne. Damit hat die Bürgerblodregierung wieder einmal ihr wahres Gesicht in aller Offenheit enthüllt.

Landgerichtsrat Hofius mit Verweis bestraft.

Der Untersuchungsrichter in der Landesverfahren gegen Eis und Goldmann, Landgerichtsrat Hofius in Elberfeld, ist wegen seines unsozialen Verhaltens bei der Untersuchungsführung mit einem Verweis bestraft und an das Landgericht Duisburg versetzt worden.

Reudell will die Lehrerbildung regeln.

Das Reichsministerium des Innern bereitet, wie wir erfahren, ein Lehrerbildungsgesetz vor. Die Vorlage läuft deshalb an seinem 75. Geburtstage auch die deutsche Sozialdemokratie auf das Werk dieses vornehmen und edlen Menschen zurück. Möge er noch lange Gelegenheit haben, wenn nicht an der Spitze der hessischen Regierung, so doch auf parlamentarischem Gebiete in seinem Parteiausschuß und seiner Partei weiterhin Kräfte zur Verfügung zu stellen. Das sei außer Wunsch zu seinem 75. Geburtstage.

Zum Ruppeleiprozeß Stolomai.

Bremen, 27. Januar. In Berliner Blättern wird die Melbung verbreitet, daß die Hauptbefreiungszeugin in dem Ruppeleiprozeß Helene, Frau Gerrit Böck, mit ihrem Mann vor Beginn der Beratungseröffnung nach Holland geflohen sei, um sich einem gegen sie von der Befreiung beanspruchten Meineidsprozeß zu entziehen. Diese Melbung ist, wie die Pressezeitung aus zuverlässiger Quelle erläutert, ungutrichtig. Gerrit Böck ist mit ihrem Mann vor etwa acht Tagen von Bremen nach Köln verzogen. Ihre Ferien in Köln ist in Bremen bekannt und ihr Mann hat in Köln eine feste Verstellung.

Für Zurückziehung der britischen Besatzungstruppen.

Baden, 27. Januar. „Deile Express“ veröffentlichte am 27. Januar einen Artikel dieses Sonder-Berichterstatters Gode aus Wiesbaden über „Großbritanniens verlorene Legion am Rhein“. In einem Schenktal fordert das Blatt die Rückforderung der britischen Besatzungstruppen, die jedes für jede ernstliche Aktion und werden zuletzt genugend sind, um ein tötes Tuch für den aufkommenden Geist des deutsichen Nationalismus und eine erfreuliche Erinnerung an Ereignisse zu sein, die am besten vergessen werden. Das Blatt schreibt: „Die Rennäde ist lang genug gespielt worden. Die Leute sollten unverzüglich heimgebracht werden.“

Die amerikanischen Arbeiter gegen Coolidges Imperialismus.

Sachsen, 27. Januar. (Eigener Bericht.) Der Präsident der amerikanischen Arbeiterföderation, Green, bat den Staatssekretär der Vereinigten Staaten, Hughes, als den Führer der Delegation der Vereinigten Staaten zum panamerikanischen Kongreß einen offenen Brief gerichtet, in dem er im Namen der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung erklärte, daß die gewaltig organisierten Arbeiter Amerikas gegenüber jede Intervention der Vereinigten Staaten in die inneren Angelegenheiten irgend eines lateinamerikanischen Staates verstoßen.

Doch Protest der Kleinen Entente

Paris, 20. Januar. (Eigener Kurzbericht.) Der offiziöse „Petit Parisien“ weiß heute aus Buferest zu melden, daß der Protest der Kleinen Entente gegen Ungarn, der bisher wegen der passiven Resistenzen Rumäniens immer vertagt werden mußte, nun doch heute in Gang erfolgen werde. Außerdem erklärte das Blatt, daß Titulescu bei seinen Verhandlungen mit Mussolini sich nicht etwa als Vorfämpfer für die faschistische Politik auf dem Balkan habe einspannen lassen. Er sei vielmehr als Vermittler zwischen Italien und Jugoslawien aufgetreten. Man könne nun mehr sicher sei, daß die direkte Aussprache in Rom und Belgrad in allernächster Zeit in Gang kommen werde.

Verlustreicher Kampf in Mexiko.

Teguac (Arizona), 27. Januar. Der hier eingetroffene amerikanische Konsul in Mazatlan (Mexiko) berichtet, in der letzten Woche habe bei Teguac zwischen Bundesstruppen und Aufständischen ein schwerer Kampf stattgefunden, an dem mehrere hundert Mann Truppen teilgenommen hätten. 37 Aufständische und 14 Männer der Bundesstruppen seien gefallen.

Letzte Nachrichten.

52 Tote bei dem Eisenbahnunglück in Rangoon.

Zwölf weitere Personen, die bei dem bereits gemeldeten Eisenbahnunglück bei Rangoon verwundet wurden, sind ihren Verletzungen erlegen, sodass sich damit die Zahl der Toten auf 52 erhöht.

Eist mehre Früchte, und Ihr bleibt gesund!

Breslauer Produktenbörse vom 28. Januar.

amtliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 28. Januar 1928 gehaltenen Preise in Reichsmark der vorläufigen Beobachtung (nur für Rotteln gilt der Steigerungspreis) rückt Breslau in zollen Waggons: Tafelzucker, Getreide, Senf, Mehl, Rüben, Gemüse, Rüben.

| Getreide: | Tägliche amtliche Notierungen (100 kg) | |
|---------------------|--|-------|
| | 28. | 27. |
| Weiz. 74kg G.G. | 26,00 | 26,00 |
| Roggen 71kg* | 25,60 | 25,60 |
| Hörse* | 20,90 | 20,90 |
| Braunerle, gute | 27,00 | 27,00 |
| Braunerle, * 25,00 | 25,00 | 25,00 |
| Industriegerste | 22,00 | 22,00 |
| Mittel Rüben | | |
| Mittel Art und Güte | | |

amtliche Notierung für Mehlzulagen je 100 kg

| | 28. | 27. |
|-------------------|-------|-------|
| Weizenmehl . . . | 36,25 | 36,25 |
| Roggernmehl . . . | 35,75 | 35,75 |

Die Preise verfehlen sich bei Weizen- und Roggernmehl für Type 70 Proz. seines Sorten werden höher bezahlt.

| Sämereien, Landware (für 50 kg) | |
|---|---|
| Durchschnittsware (Landware) (gereinigt) | Durchschnittsware (Landware) (gereinigt) |
| Rottlee . . . | 55,00 |
| dio poln. . . | 55,00 |
| Wipfler . . . | — |
| Schneidenlee . . . | 90,00 |
| Gehle . . . | — |
| Internationale . . . | — |

Selbstverständlich besteht hier kein landw. Verkaufsstation. Sämereien in besserer Röhrung, Farbe, sowie mit gewährleisteter Reinheit und Keimfähigkeit entsprechend höher.

Alles legte Ernte und inländische Saaten, außer Lüzerner.

Wasserstand

| 30. Januar | |
|-------------------------------------|------|
| Ranier . . . | 1,20 |
| Reife (Stadt) vom 29. 1 . . . | 0,56 |
| Reife (Rhein) (Unter-Begel) . . . | 2,25 |
| Reife (Rhein) (Unter-Begel) . . . | 1,24 |
| Aufschwunge gleichlich 151 cm . . . | — |
| Brüg (Westfalen) . . . | 2,41 |
| Brüg (Westfalen) vom 29. 1. 28. . . | 1,58 |
| Trichen . . . | 0,62 |
| Wasserwärme 0° . . . | — |

Eure Filmberichterstattung „Volkswochenblatt“

aktuell, interessant, unterhaltsend, wichtig und belehrend. Aufnahmen aus aller Welt mit besonderer Berücksichtigung der sozialen, kulturellen und politischen Bestrebungen der werktätigen Bevölkerung des In- u. Auslandes.

Fordert in allen Kinos die „Volkswochenblatt“. Bevorzugt die Kinos, die die „Volkswochenblatt“ bringen.

Filmgemeinschaft „Volkswochenblatt“, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Aus aller Zeit.

Eisenbahnunglück in Indien.

170 Kilometer von Rangoon (Indien) sind die Lokomotive, zwei Gepäckwagen und drei Personenwagen dritter Klasse des Zuges Mandalay-Rangoon von einer Brücke herabgestürzt. 22 Personen wurden getötet, 28 zum Teil schwer verletzt. Das Unglück wurde durch ein Verbrechen hervorgerufen.

J. R. III auf einem Kriegsschiff.

Dem in Friedrichshafen für Amerika gebauten Luftschiff "Los Angeles", dem früheren "J. R. III", ist es dieser Tage gelungen, auf einem in voller Fahrt befindlichen Mutter Schiff, der "Saratoga" zu landen. Die Landung wird öffentlich noch geheim gehalten.

Todesfälle nach einer Impfung in Australien.

Nach einer Impfung gegen Diphtherie, wozu das Serum von dem australischen Gesundheitsdepartement geliefert worden war, sind elf Kinder in Bundaberg gestorben. Sechs weitere schwelen in Lebensgefahr.

Riesenbetrügereien in einem Berliner Lombardhaus.

Die Berliner Kriminalpolizei stellte fest, daß der Inhaber des Berliner Allgemeinen Lombard- und Lagerhauses, Paul Bergmann, nicht nur Waren belich, sondern sich vor allem beträchtliche Kapitalien dadurch verschaffte, daß er seine Waren gleichzeitig an eine ganze Reihe von Geldgebern als Sicherheit verpfändete, denen er 36—48 Prozent Zinsen versprach. Als die Kriminalpolizei überraschend in den Betrieb eindrang, wurden außer gefälschten Wechseln auch zahlreiche gefälschte Lombardscheine vorgefunden. Die Waren waren den Geldgebern, die einer vom anderen nichts wußten, bis zu 17 mal als Sicherheit verpfändet worden. Während das vorhandene Warenlager nach vorsichtiger Schätzung höchstens eine Million Wert hat, stehen ihm mehr als 3 Millionen an aufgenommenen Darlehen gegenüber. Die Forderungen der Geldgeber wurden mit Hilfe der neu aufgenommenen Summen befriedigt. Bei der Fälschung der Wechsel und der Lombardscheine erwies sich ein gewisser Salinger als tüchtige Hilfskraft. Außer dem Berliner Betrieb unterhielt Bergmann noch vier Filialen, und zwar in Hamburg, Hannover, München und Breslau. Bergmann wurde am Sonnabend in seiner Villa und Salinger auf offener Straße festgenommen. Sämtliche Geschäftsbücher sowie die ausgedehnte Korrespondenz wurden beschlagnahmt und zur Prüfung den Sachverständigen überwiesen. Der Betrieb wurde polizeilich geschlossen und die Räume versteigert.

Spurlos verschwunden.

In Mecklenburg-Strelitz erringt das Verschwinden dreier Personen innerhalb kurzer Zeit Aufsehen. Gestern ist eine Frau Ministerialrat Nick aus Neustrelitz verschwunden. Sie wurde von ihren Bekannten in Friedland zum Juge gebracht, ist aber am Bestimmungsort nicht eingetroffen.

Vor kurzem brachte der Kaufmann Seelhof aus Schöthen seine Kinder nach Neubrandenburg zur Schule. Er wollte abends zurückfahren und wurde auch noch auf dem Bahnhof gesehen. Er ist aber zu Hause nicht angekommen. Ebenfalls vor einiger Zeit begab sich ein Rossbachmann, der in der Umgegend von Neubrandenburg beim Dreschen beschäftigt war, auf die Reise nach Zehdenick, ist aber dort nicht eingetroffen. Auch von diesem Vermissten liegt keinerlei Spur vor.

Bestätigte Todesurteile.

Vor dem Schwurgericht in Weiden war der Fabrikarbeiter Karl Müller wegen fünfzehn Mordes fünfmal zum Tode und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt worden. Müller hatte vom Jahre 1923 bis 1925 seine Chefin, eine drei Kinder und einen Schwiegervater durch Vergiftung umgebracht, um in den Besitz der Erbschaft der ersten Frau zu kommen. Die gegen dieses Urteil von Müller eingegangene Revision wurde vom 1. Strafgericht des Reichsgerichts am Freitag verworfen.

Der Landerbeiter Josef Bystrzykowski war vom Landgericht in Naumburg am 4. November 1927 wegen Raubmordes zum Tode und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt worden. Der Angeklagte hatte im Februar 1920 in der Nähe von Lützen zwei jüdische Kaufleute überfallen, ermordet und sie bestohlen. Die gegen dieses Urteil eingegangene Revision wurde vom 1. Strafgericht des Reichsgerichts ebenfalls verworfen.

Diebstähle im Preußischen Landtag.

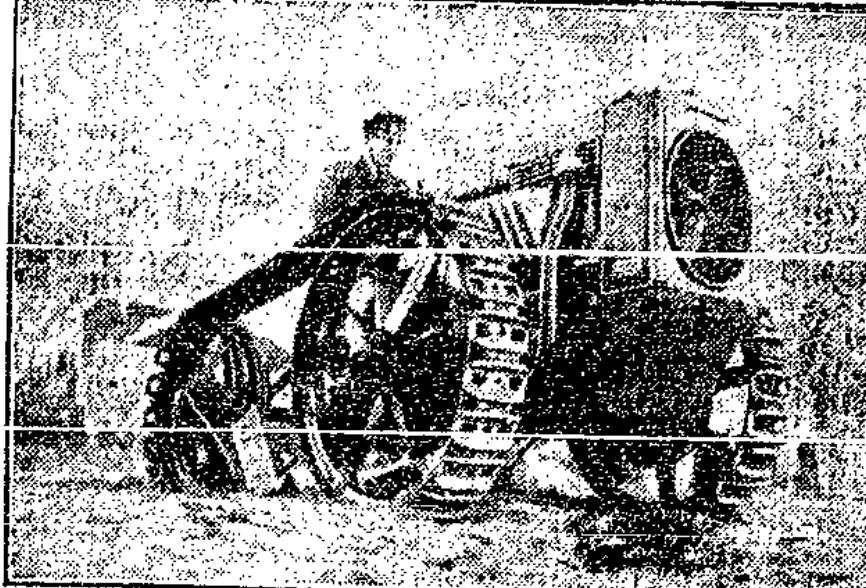
Im Hauptausschuß des Preußischen Landtages wurde am Sonnabend von allen Parteien lebhafte Kritik über die zunehmende Unsicherheit im Landtage geführt. Präsident Bartels mußte mitteilen, daß allein im Januar für Diebstähle im Landtag vorgekommen sind, bei weiteren Diebstählen sind sogar in den Verwaltungsräumen erbußt worden. In einem Juuße mußte ein wertvoller Beiz im Betrage von 2000 Mark erbebt werden. Nach der Ansicht der Kriminalpolizei liegen politische Gründe für diese Diebstähle nicht vor. Auch in anderen öffentlichen Verwaltungsbehörden ist in letzter Zeit wiederholt eingebrochen worden, unter anderem in der Oberrechnungsstelle und im Reichswirtschaftsministerium. Man nimmt an, daß es sich um die Taten eines gewerbsmäßigen Behördendiebes handelt.

Eine seine Majorsfamilie.

In Berlin treibt zurzeit die Familie des Majors a. D. Hugo von Müller wieder ihr Unwesen. Der Major, der bei Jahre lang unter dem Namen Oberstaatsrat v. Pallandt in seiner Frau und seinem erwachsenen Sohn Axel in deutschen Großstädten und Kurorten herumreiste, lebte plausibel von Betrug, Logierbetrag und Karrenschindeln. Am 9. März dieses Jahres konnte die Familie in Bad Elster endgültig festgenommen werden. Als die drei Schwindler nach Klärung ihres Sachverhaltes wieder auf freien Fuß gesetzt wurden, bemühten ihre Freunde sofort zu neuen Beträugsanläufen. Inzwischen habe der Major in Werderode in der Nähe eines Dorfes verschiedene Schwindelseien. Am Freitag ist die Polizei aus einer Pension in der Kleiststraße in Berlin, wo die Rechnung bezahlt zu haben, spurlos verschwunden. Müller hat die kurze Zeit seines letzten Berliner Aufenthaltes dazu benutzt, einen mertlosen Pelz und verschiedene Leibungsstücke zu erstaunlichen Preisen ausgetauscht.

Die sogenannte und berüchtigte amerikanische Geheimorganisation hat den Besitz gekauft, die Masken abzulegen, nachdem in Alabama das Tragen dieser Masken unter Strafe gestellt war. Der mit Recht bestempfte Terrorklengheimbund wurde 1865 in den Vereinigten Staaten gegründet und wurde später ursprünglich gegen Neger, bis 1871 ein Bundesgesetz sein Treiben verbot. Der Ku Klux-Clan war dann Jahrzehnte hauptsächlich bei Lynchgerichten gegen Neger tätig, bis er im Weltkrieg erneut große Auswirkungen nahm. Seine gemeingefährliche Tätigkeit wurde nun dann gegen Sozialisten und Einwohner Südens eingetragen.

Die "Grüne Woche" eröffnet.



Die große landwirtschaftliche Herbstausstellung, die alljährlich unter der Bezeichnung "Grüne Woche" die Vertreter der deutschen Landwirtschaft und des deutschen Bauernums, sowie alles, was zur Forstwirtschaft und zur Jagd Beziehungen hat, in Berlin vereint, ist eröffnet worden. Ein 28-PS-Kraupenpflug in der Ausstellung.

Ein gefährlicher Fabrikbrand

entstand in der Nacht zum Sonnabend in einem Gebäude in der Schönhauser Allee in Berlin. Als die Feuerwehr herbeieilte, schlugen bereits helle Flammen aus Türen und Fenstern der Fabrikräume. Dicke Rauchschwaden waren inzwischen auch in die über den brennenden Räumen gelegenen Wohnungen gedrungen, deren Bewohner laut um Hilfe riefen. Mit Hilfe mehrerer Schleifern gelang es den Feuerwehrleuten, in die gefährdeten Wohnungen einzudringen und zwei Frauen und zwei Männer herauszuholen. Auch der übrigen Bewohner des gefährdeten Teiles des Gebäudes hatte sich eine große Errettung bemüht. Das Feuer konnte jedoch bald gelöscht werden. Ein Fabrikraum und ein Keller raum sind vollkommen ausgebrannt.

Erneute Absehung der Haftentlassung Rupperts.

Der ungetreue Nachahmung Rupperts wurde Freitag der Strafammer des Landgerichts III in Berlin zu einem, nach den Vorschüssen wie zwei Monate von Anfang wegen vorzuherrschenden mündlichen Haftprüfungstermin vorgeführt. Die Anwälte Rupperts beantragten Haftentlassung wegen eines schweren Herzleidens des Häftlings. Seitens des Gerichtsrates wurde jedoch begutachtet, daß Ruppert zwar herzhaft, aber nicht kastanienfähig sei. Darauf lehnte das Gericht den Haftentlassungsantrag ab und wies gleichzeitig die von den Anwälten angebotene Sicherheitsleistung in Höhe von 10 000 Mark ab, da bei der zu erwartenden hohen Strafe auch bei dieser Sicherheitsleistung Fluchtverdacht vorlänge.

Der Raubmörder Kiebach wird auf seinen Geisteszustand untersucht

Der Raubmörder Kiebach in Berlin, der in einem Eisenbahngüte mit einem Hammer die 21jährige Dora Perske erschlagen und ihr die Handtücher geradelt hatte, wird auf Antrag seines Rechtsanwaltes auf seinen Geisteszustand untersucht werden. Der Antrag des Anwaltes erfolgte, weil Kiebach gegenüber den Folgen seiner Tat und dem seines harrenden Schicksals völlige Gleichgültigkeit an den Tag legte.

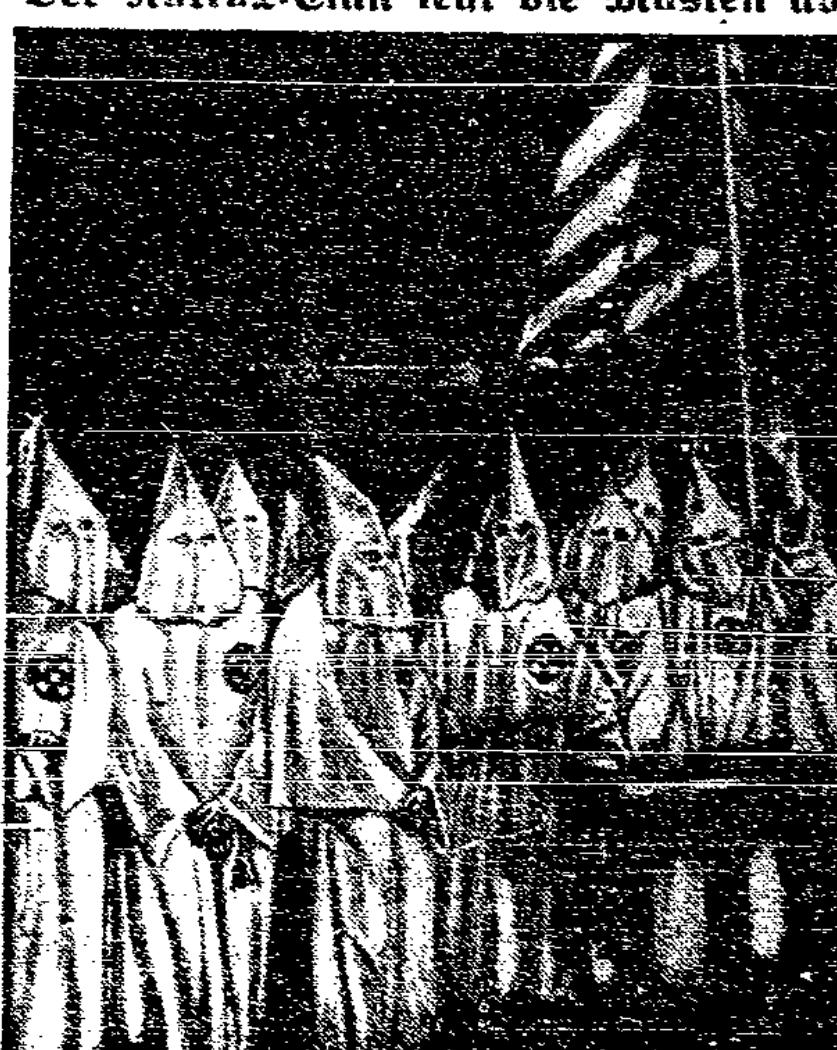
Geheimnisvoller Mordversuch.

Sonnabend abend Klingelte in Berlin ein unbekannter Mann an der Tür einer Wohnung im Norden der Stadt und feuerte dann auf die ihm gegenüberliegende 35 Jahre alte Wohnungsinhaberin ohne weiteres mehrere Schüsse ab, die die Frau schwer verletzten. Laut um Hilfe rufend stürzte die Getroffene die Treppe hinunter, brach aber auf dem Hof zusammen. Der Täter eilte ihr nach, zog der Frau die Waffe an die Schläfe und drückte wiederum mehrmals ab. Die Waffe verjagte aber, weil der Verbrecher bei der Verfolgung die Patronen verloren hatte. Der Täter ist unerkannt entkommen.

Straßenbahnunfall.

Auf dem Alexanderplatz in Berlin kam am Sonnabend der 28jährige Arbeiter Emil Botties beim Abpringen von einem fahrenden Straßenbahnwagen so unglücklich zu Fall, daß er sich eine schwere Nierenmarkverletzung und eine Lähmung beider Beine zuzog.

Der Ku Klux-Clan lebt die Masken ab.



Eine Räuberbande ausgehoben.
Der Berliner Kriminalpolizei ist es gelungen, zwei Anführer einer gefährlichen Bande, die in der Umgegend von Berlin eine ganze Reihe von Gewalttaten ausgeführt hat, zu verhaften. Es handelt sich um den Steinlager Oskar Stein und den Arbeiter Heinrich Kridin aus Münchberg bei Berlin. Zwei ihrer Komplizen, die Arbeiter Max Müller und Fritz Dörrmann, sind flüchtig, doch ist ihnen die Polizei bereits auf der Spur. Die Bande hat unter anderem am 17. November den Bahnmeister einer Kleinbahn, der Lohngelder bei sich hatte, niedergeschlagen und befreit, und am 17. Januar einen Raubüberfall auf die Tochter und die Witwe eines Wassermühlenbesitzers ausgeführt. Bei diesem Überfall hatten sich die Verbrecher maskiert und die beiden Frauen mit vorgehaltener Pistole in Schach gehalten. Der eine der Verhafteten hat bereits zu gestehen, an beiden Raubüberfällen beteiligt gewesen zu sein; der zweite leugnet noch, ist aber ebenfalls überführt. Die bei dem einen Raubüberfall benutzten schwarzen Masken wurden bei Stein und Müller in deren Wohnungen gefunden.

Ein schwerer Einbruch

Wurde in der Nacht zum Sonnabend in ein Modeatelier in der Moabitstraße in Berlin verübt. Die Täter gelangten mit Schlüsseln auf den Hof, sprengten das Schätzgitter der Fensterscheiben und erbeuteten Modellkleider im Werte von 8000 bis 8000 Mark.

Selbstmordversuch eines Kindes.

In Teltow bei Berlin verlor sich die elfjährige Tochter des Arbeiters Pöhld aus der Lindenstraße 1 in Abwesenheit der Eltern mit Gas zu vergiften. Das Mädchen wurde erst nach mehreren Stunden von der heimkehrenden Mutter bewußtlos aufgefunden. Es gelang, das Kind ins Leben zurückzuführen. Man nimmt an, daß es aus Furcht vor Strafe den Selbstmordversuch unternommen hat.

Die Bücherdiebstähle in Frankfurt a. M.

In der Untersuchung gegen den des Diebstahls wertvoller alter Bücher der Stadtbibliothek in Frankfurt a. M. beschuldigten Privatgelehrten Dr. Kögler ist jetzt infolge einer Wendung eingetreten, als der Privatgelehrte plötzlich aus Frankfurt nach einem unbekannten Wohnorte verschwunden ist. Seine Adresse konnte bisher nicht ermittelt werden. Von einer Verhaftung hatte man bisher absehen müssen, da die städtische Bibliotheksverwaltung keine bestimmten Angaben über die gestohlenen Bücher machen konnte. Durch die Flucht des Dr. Kögler kann aber als einwandfrei festgestellt werden, daß es sich hier um von ihm ausgeübte Diebstähle handelt.

Eisenbahnunfall in Straßburg.

Sonnabend früh fuhr auf dem Straßburger Bahnhof ein von Rehau kommender Personenzug auf einen anderen Personenzug auf. Sieben Reisende wurden verletzt. Auf dem Bahnhof Hausbergen kam bei einem Zusammenstoß von zwei Güterzügen ein Zugführer ums Leben.

Kundgebung und Generalalarm.

Seit Donnerstag war die Alarmanlage der Postdammer Feuerwehr, die in die Privatzimmer der Feuerwehrleute führt, gefeuert. Bei einem Brande wäre es nur möglich gewesen, die im Depot befindlichen Feuerwehrleute zu alarmieren. Durch genaues Abgehen der Leitungen hat man jetzt die Ursache der Störung festgestellt. In der Elisabethstraße hatte ein Rundfunkhörer seine Rundfunkleitung an den Alarmdraht der Feuerwehrleitung angeschlossen und dadurch 18 Leitungen außer Betrieb gesetzt.

Die heimere Typhus-Epidemie

hat sich im Laufe des Freitags und Sonnabends weiter ausgedehnt. Im ganzen sind bisher 43 Typhusecken festgestellt worden; fünf davon tödlich. Weitere Erkrankte schwelen in Lebensgefahr. Unter den Erkrankten befinden sich auch mehrere schulpflichtige Kinder. Die schnelle Ausbreitung der Epidemie ist darauf zurückzuführen, daß die ersten Typhuskranken anfänglich auf Grippe behandelt und nicht von anderen Patienten isoliert wurden.

Blutatt eines Reichswehrsoldaten.

Bor dem Bahnhof in Siegen starb Sonntag morgen ein Reichswehrsoldat einen jungen Mann, der ihn angerempelt hatte, mit dem Seitengewicht nieder. Die Verletzungen waren so schwer, daß an dem Aufkommen des jungen Mannes gezweifelt wird. Der Soldat wurde verhaftet.

Schüsse auf Straßenpassanten.

Der 24 Jahre alte Bädergeselle Gerhard Pöhl aus Langfuhr bei Danzig gab gegen 10 Uhr abends in der Nähe des Langfuhrer Upphagen-Parkes auf seines Vorübergehenden, wahrscheinlich in einem Anfall von Geistesgeißheit mehrere Revolverschläge ab. Der in Oberschleiden heimatete Student Gerhard Hoppe von der Technischen Hochschule und ein Fräulein Anne-Marie Höhfeld aus Langfuhr wurden schwer verletzt. An dem Aufkommen des Fräulein Höhfeld wird gezweifelt. Der Täter richtete darauf die Waffe gegen sich selbst und war sofort tot. Pöhl ist seit längerer Zeit arbeitslos und soll nerkrankt gewesen sein.

Selbststernung eines Mörders.

Der 32 Jahre alte Versicherungsvertreter Wieske stellte sich Freitag früh in Danzig der Polizei mit der Beschuldigung, die 28 Jahre alte Frau Höhl, bei der er zwei Zimmer bewohnte, ermordet zu haben. Die Nordkommission stellte fest, daß Frau Höhl durch zwei Revolverschläge getötet worden war. Der Täter gab an, daß er zusammen mit der Witwe Seidmann verübt wollte.

Verhaftung eines Schmuggelanten.

In Herzogenrath wurde an der holländischen Grenze ein Mann aus Lechen mit seinem Kraftwagen angehalten, der den Zollbeamten verdächtig vorkam. Bei näherer Untersuchung stellte sich heraus, daß der Wagen einen doppelten Boden hatte, in dem sich mehrere Zentner Kaffee befanden. Schmuggelware und Kraftwagen wurden beschlagnahmt.

Gefäßbrand.

In einer Fabrik in Cleveland (Ohio) entstand ein Brand, der auf das benachbarte Paketpostgebäude übergriff und dort in mehreren Stockwerken beträchtlichen Schaden anrichtete. Zugleich ein nahegelegenes Turmgebäude und das Gefängnis vorübergehend durch den Brand stark bedroht.

Küchlein eines Kriegsbeschossenen.

Nach vierzehn Jahren aus Sibirien zurückgekehrt ist ein Mann, der zu Beginn des Krieges als entzündungsfähiger Kriegsfeindwilliger in die deutsche Armee eintrat. Er geriet in russische Gefangenschaft und wurde nach Sibirien gebracht. Seitdem waren seine Angehörigen aus Kontakt mit ihm. Diese Tage ist der Kriegsgefangene aus Sibirien und Einwohner Südens eingetroffen.

Aus Schlesien.

Ein Sechzigjähriger.

Ein sechzigstes Lebensjahr vollendet am 30. Januar der Reichstagsabgeordnete Franz Feldmann in Ober-Langenshleben, erfreulicherweise in seltener körperlicher und geistiger Gesundheit. Sein Lebensweg ist der Aufstieg eines Mannes, der sein Wissen nur sich selbst zu verdanken hat und der in seiner ganzen Lebensweise der schlichte Proletarier geblieben ist. Als Kind armer ehrenwarter Eltern, wurde er in Schwerin (Mecklenburg) geboren, besuchte die dortige Volksschule und erlernte das Buchbindergewerbe. Der geistig rege Jüngling verließ bald seine engen Heimat und pilgerte nach Berlin. Hier wurde er von der sozialistischen Gedankenwelt erfasst. Trotz des Sozialistenvergesches war er bald in der illegalen Organisation eifrig tätig. Die Parteigenossen vertrauten dem jungen Manne bald das Amt des Redakteurs im "Vorwärts" zu. Wahlen für den ersten Berliner Wahlkreis an.

Als am 1. Oktober 1890 das Ausnahmegesetz fiel, erschloß sich Feldmann ein neues Tätigkeitsgebiet. Im Jahre 1889 hatte August Kühn den „Proletarier aus dem Eulengebirge“ gegründet, dessen Redakteur Vagniñi die schwersten Bestrafen erdulden mußte, bis er den deutschen Staub von seinen Füßen schüttelte. Der Verleger Kühn rief Genosse Feldmann als Redakteur nach Langenshleben. Seit dem Sommer 1891 wirkt er nun unermüdlich im Eulengebirge in Wort und Schrift. Reichlich 2½ Jahre Gefängnis trug ihm sein Kampfgeist im alten Obrigkeitsstaat ein; über fünfzig Prozesse hatte unser „Franz“ zu bestehen und fast jede Nummer des „Proletarier“ wurde konfisziert. Es war für Kühn und Feldmann wahllich keine leichte Aufgabe, die Existenz dieses Parteiorgans zu erhalten, dessen Expeditionsverhältnisse dazu die schwierigsten waren; denn bis in die entlegensten Gebirgshütten mußte das Blatt gebracht werden. Beides gelang es, das Blatt so auszubauen, daß es nun zweimal wöchentlich erscheint, finanziell sehr veranlagt, als wichtiges Sprachrohr der Partei im Weiberbezirk dasteht. Nach dem Tode des Genossen Kühn (1916) wurde Feldmann auch der Geschäftsführer des „Proletarier“. Feldmann wurde auch bald der beliebte Volksredner Schlesiens. Bald stellten ihn die Parteigenossen im Wahlkreis Schweidnitz-Schrieberg zum Reichstag auf. 1912 gelang es ihm gegen den konserватiven Freiherrn v. Richthofen gewählt zu werden. Auch auf kommunalpolitischem Gebiete beteiligte sich Genosse Feldmann. Seit zwei Jahrzehnten wirkt er als Gemeindevertreter und jetzt als Stadtverordnetenvorsteher in Langenshleben. Einige Berufstätigkeit, parlamentarische Tätigkeit, seiner großen Familie und der agitatorischen Betätigung wirkt er auch als Bezirksvorsteher, Vorsitzender des Ortsvereins und des Kreises in der sozialdemokratischen Organisation. Für einen Sechzigjährigen beweist dies eine feste Rüstigkeit. Möge ihm seine reiche Arbeitskraft noch lange zum Segen unserer Bewegung und zur Freude seiner Angehörigen erhalten bleiben!

Th. M.

Elektrifizierung der Bahnhöfe Görlitz-Breslau.

S.P.R. Am Sonnabend, den 28. Januar, wurde die Strecke Königszelt—Breslau für den elektrischen Betrieb eröffnet. Mit diesem Tage ertritt hier das Recht der elektrisch betriebenen Reichsbahn in Schlesien von Görlitz bis zur Provinzialhauptstadt Breslau. Zu diesem Anlaß hatten die Bahnhöfe der Strecke festgestellt, ferner hatte die Reichsbahn Vertreter der Behörden, der Industrie und der Presse zur Eröffnungsfest einladen. Die Breslauer Teilnehmer fuhren mit einem Sonderzug, den noch eine Dampflokomotive zog, von Breslau Friedberger

Bahnhof nach Königszelt und nahmen unterwegs noch verschiedene Festteilnehmer auf. Reichsbahndirektionspräsident Dr. Born begrüßte im Warthesaal des Bahnhofs Königszelt die Erschienenen. In Breslau sprach später Bürgermeister Dr. Hesse. In Breslau unter den Gästen lag Max unter anderem den Vertreter des Reichsverkehrsministeriums: Ministerialrat Geh. Rat Baurat Besser, als Vertreter der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft derstellvertretende Generaldirektor, Direktor Dr. Weitnau, die Reichsbahndirektoren Wedemann, Baumgarten, Feuerlein. Die Teilnehmer an der Eröffnungsfeier versammelten sich zum Schlus im Festsaal des Hauptbahnhofs, wobei die üblichen Festansprachen gehalten wurden.

Ostober-Schlesien—Ostpreußen.

Der Bau einer neuen Bahnstrecke, die in erster Linie dem Güter- und Kohlentransport dienen soll, wird in nächster Zeit in Angriff genommen werden und Ober-Schlesien durch den polnischen Korridor hindurch mit Owingen verbinden. Die Teilstrecken sind zum größten Teil fertiggestellt, nur der Abschnitt zwischen Herzberg und Hohenlanda steht noch zu diesem Bau, der dann die Verbindung Ober-Schlesien—Owingen endgültig macht, der polnische Ministerrat steht die Zustimmung geneben hat. Man berechnet die Dauer der Bauarbeiten auf zwei Jahre.

Schweidnitz. Notstandsarbeiten beschlossen. In der Sitzung des hiesigen Stadtparlaments wurden 20 000 Mark bewilligt, und sollen damit Notstandsarbeiten, unter anderem die Kanalisation des Kanonenweges, die Sanierung des Generalisches usw. durchgeführt werden. In der gleichen Sitzung wurde auf Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion die Vergroßerung der evangelischen Mädchenchule mit einem Kostenaufwand von 250 000 Mark genehmigt. Um den Wohnungsbau zu fördern, beschloß die Versammlung, der Baugenossenschaft des Reichskunzes der Kinderreichen Baugelände für 2 Mark pro Quadratmeter abzugeben, anstatt für 3,50 Mark wie bisher.

Zobten. Die Gutsbezirke wollen nach Ströbel. Nachdem die Auflösung der Gutsbezirke vom Stadte angeordnet worden ist, machen sich in dem Gutsbezirk Gorlau Strömungen bemerkbar, die darauf hinzuzeigen, den Gutsbezirk Gorlau zu einer selbständigen Gemeinde zu machen. Führend befindet sich bei dieser Aktion der Gutsinhaber La u aus Gorlau. Um nun aber endgültig Klärheit zu schaffen, und die Bevölkerung des Gutsbezirkes selbst zu hören, was von der Eingemeindungskommission eine Einwohnerverlängerung einberufen worden, die von 44 wahlberechtigten Gutsbezirkswohnern besucht war. Bei der Abstimmung stimmten 33 für die Eingemeindung nach Gorlau, 10 für eine Selbständigkeit Gorlaus, und ein Wähler hatte sich der Stimme enthalten.

Bethen. D.S. Ein Schüler erhält die Rettungsmedaille. Dem Schüler der hiesigen staatlichen Baugewerbeschule, Franz Wartulla-Katzen-Oberg, wurde für die Rettung eines Menschen vor dem Tode des Eintritts unter Eindringung des eigenen Lebens vom Staatsministerium die Rettungsmedaille am Bande verliehen.

Hindenburg. Schon wieder die Bahnhofskranke. Durch die Geistesgegenwart eines Chauffeurs wurde hier ein großes Unglück verhindert. Der Führer eines städtischen Autobus, der seinen Wagen vor den gefährlichen Schranken des Bahnhofsvorortes an der Luisenstraße in Zobten anhielt, ließ ihn anfahren, nachdem die Schranken wieder hoch gegangen waren. In dem gleichen Augenblick kam ein Güterzug herein, ein Ausweichen für den Autobuslenker war unmöglich, denn von der anderen Bahnübergangsseite kam in schnellstem Tempo ein Wagen heran. Der Chauffeur riß mit aller Gewalt den Bremshebel herum und brachte dadurch keinen Wagen in eine Pauschalstellung mit den Schienen in dem Moment, als der Zug nur wenige Zentimeter von ihm getrennt vorfuhrte. Glücklicherweise kamen die 15 Passagiere nur mit dem Schrecken davon. Durch das geistesgegenwärtige Handeln des Chauffeurs ist großes Unglück verhindert worden.

Landkreis Breslau/Neumarkt.

Neumarkter Allerlei.

Der Streit um den Wochenmarkt. — Der entthronte Schülertwings. — Wenn man zu den „Selben“ will. — Einzelne geschichte des Vermietshauses Jankestraße?

Ein großer Streit ist jetzt unter den Geschäftsleuten der Unter- und Oberringes über die Frage entstanden, wo in Zukunft der Wochenmarkt abgehalten werden soll. Die Geschäftsinhaber des Oberringes behaupten, daß die jahrezeitliche Übung den Wochenmarkt auf dem Unterring abzuhalten, sie wesentlich in ihrem Einkommen geschädigt habe. Dieser Kampf wird mit großer Energie geführt und hat sich sowohl ausgewirkt, daß die Partei des Unterringes am Donnerstag abends in Saal „Zum gelben Löwen“ eine öffentliche Protestversammlung abhielt und zu der, weil es sich um „ein Schauspiel für Götter“ handelt, zahlreiche Neugierige erschienen waren. Es war höchst zu hören, wie es die Kaufmannschaft versteht, sich untereinander etwas an den Haaren zu ziehen. Der Magistrat wird sich mit der Sach beschäftigen und hier führt, wenn es Wunder gibt, sicherlich einen Ausweg finden. Für die Arbeiterschaft besteht natürlich keine Veranlassung, sich für diese oder jene der Parteien einzulegen, denn sie wissen, daß in Vergangenheit und Gegenwart ihnen stets recht großer Undank für geleistete Hilfe zuteil geworden ist. Letzten Endes ist es ein Streit — den sich die Brüder in Schlesien erzielen können, denn es steht fest, daß, wenn der Wochenmarkt nach dem Obermarkt verlegt würde, von dem wenigen, was noch vorhanden ist, schließlich nichts mehr übrig bleibt. Die Kaufmannschaft des Ober- und Unterringes sollte sich also andere Kopfschmerzen machen.

Vie in anderen Städten, so gibt es auch hier verschiedene Corps und Logen, so unter anderem ein 1. und 2. Bürgerkorps. Das Erstere nennt man das „Seidene“, das zweite das „Baumwollene“. Dagegen nicht alter Bruck in das „seidene“ Corps Aufnahme finden kann, müssen gewisse Voraussetzungen vorhanden sein. Meldet sich da kürzlich ein aus dem unteren Stande emporengewanderter Kaufmann zur Aufnahme. Mit „spiegelblankem Bratenod“ begibt er sich in das Tagungsräumchen und wartet in den unteren Glastüren schlafenden Herzens auf die Botschaft. Der Voßhafer erscheint auch — und bringt ihm zur Kenntnis, daß sein Aufnahmegeruch mit überwiegender Mehrheit abgelehnt worden sei.

Mit den Ansichten des Bürgertums über Chr. und andere Begriffe ist es oft so eine Sache. Ein sprechendes Beispiel wie der Brück — so lange man ihn heißt — auch die moralische Qualifikation bedeutet, ist die erfolgte Entthronung unseres Schülertwings. Der Diplom-Ingenieur und Schülertwings Walter Keil, ein Bruder des im Kämpfen um die Arbeiterschaft so tüchtigen Stadtverordnetenvertreters Kurt Keil, ist in Konkurs geraten. In Konkurs geraten kann natürlich jeder Geschäftsmann und ein Konkurs bedeutet daher, nach unserer protestantischen Ausprägung, keineswegs einen Verlust der sonstigen Eigenschaften des Betriebs. Anders denkt natürlich die Schülertwings, nach deren Satzungen auch Könige, Schülertwings, natürlich nicht als Mitglieder geführt werden, die sich derartige Dinge zu schulden kommen lassen. Die Passiven dieses Konkurses dürfen sich auf 80—100 000 Mark belaufen.

Als trauernde Hinterbliebene haben auch Kreis- und Ortskronenfasse Ausprägung geltend zu machen. Es wäre der Kronenkasse aus dieser Erfahrung deingend zu empfehlen, daß die den Arbeitnehmern abgezogenen Beiträge beigetrieben werden, bevor sie die in diesem Fall sehr beträchtliche Höhe erreichen.

Mit dem Zusammenbruch der Firma Walter Keil hat sich der von ihm errichtete Bau des städtischen Beamtenhauses in der Junferstraße solidarisch erfüllt. Eine Senfung der untersten Balkenlagen brachte das gesamte Haus in höchste Gefahr. Nur schwere Einschüsse von Eisenträgern kann großes Unglück verhindern. Wen trifft hier die Schuld? Unseres Erachtens noch die Stadt. Hat der überall mit weitem Auge hinschauende Beigeordnete Herr Halisch nichts getan? Drastischer ist in Neumarkt noch nie Interessenpolitik betrieben worden, als unter dem örtlichen Regime Halisch-Keil.



Es ist so weiß! In wenigen Tagen beginnen unsere sehnsüchtig erwarteten

Weisse Woche!

Ein Berg von Weissen Waren jeglicher Art liegt für Sie bereit. Welche Lust, Ihre blütenweiße Zartheit anzuschauen, welche Wonne, ihre prächtigen Qualitäten durch die Finger gleiten zu lassen.

Sicherlich die erhoffte Gelegenheit, zur Vervollständigung und zur Bereicherung Ihres Wäscheschatzes.

Denn dank unserer oft bewiesenen, überzeugenden Leistungsfähigkeit bekommen Sie bei uns alles ganz

Überraschend billig!

Verlassen Sie's nicht und achten Sie auf unsere folgende Bekanntmachung!

LENDIMAN & AG

Arbeiter-Sportbewegung

Naturfreunde-Tagungen.

In diesem Jahre sind in Zürich zwei außerordentlich wichtige Naturfreunde-Tagungen vorgesehen: die Reichstagversammlung der Deutschen Naturfreunde und die Hauptversammlung des Gesamtvereins, deren Beschlüsse für die gesamte deutsche Arbeiterschaft von allgemeiner Bedeutung sein werden.

Im Jahre 1927 wurde die Bewegung der deutschen Naturfreunde stark durchorganisiert. Die Jugendgruppen, die Foto-Gruppen und die naturwissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaften wurden im Reichsmästabe zusammengefaßt. Die deutsche Reichsversammlung wird diese Entwicklung nicht nur als bestätigen, sondern auch die Probleme der Weiterbildung zu durchleuchten haben. Dadurch wird in den Mittelpunkt der Zürcher Tagung die geistige und praktische Arbeit der Naturfreunde gerückt werden. Zugleich wird in die Zusammenfassung der 15 Gaugruppen zu einem Reichsblatt vorgesehen. Die engeren Zusammensetzungen der Jugendgruppen der Naturfreunde mit den anderen sozialistischen Jugendorganisationen wird ein weiterer Hauptgegenstand der Beratungen bilden. Vor allem kommt es u. a. darauf an, Jugendtreffen in weit gekehrtem Maßstabe als verantwortliche Tagungen einzurichten. Die Ferienheimfrage im Zusammenhang mit dem Reichsbauplan wird ebenfalls für das gesamte Reichsgebiet einer Lösung entgegengestellt werden müssen.

Auch die Hauptversammlung der Gauverorganisation wird in erster Linie mit der Ferienheimfrage, deren Lösung in einer Vereinheitlichung im Maßstab der einzelnen Länder liegen dürfte, beschäftigen. Ferner wird zumindest für Deutschland eine Aufstellung des bisher üblichen Rahmehes bei Beratungen zugunsten von Monatsbeiträgen durchzuführen sein, da sonst die Werbung außerordentlich gefährdet wird. Die Fragen internationale Treffen, Gesellschaftsfahrten von Land zu Land und der engeren Bindung in der internationalen Arbeit an gehend erörtert werden.

Das Erlebnis des Winterwanderns.

Das Wandern durch die frische Natur hat stets alle Schichten der Menschen in seinen Bann gezogen. Was der Frühling mit Sommer mit seiner letzten Reise und seinem lebendigen Blumenzauber und der Herbst in seiner Farbenreichtum in den Menschenherzen an Lebenswerten weckte, das kann lange Zeit im Winter keinen rechten Widerhall zu finden. Tot und kalt ersogen den Menschen in dieser Jahreszeit alles, und die meisten munteren Spaziergänger ließen sich nicht abhalten, auf Seen und Hügeln ein Tummelfeld frohen Wintervergnügen zu suchen. Rodeln und Schlittschuhlauf bildeten seit Jahrzehnten auch für die Erwachsenen im Winter die besonderen Freizeit ihres Aufenthalts in der Natur. Manch freudenvolles Erlebnis ließ sich gewiß und dabei finden. Doch der stillen winterlichen Wald, die weithin einschneide Berglandschaft und die glitzernde Hochgebirgswelt bleibt der großen Weite der Menschen lange Zeit verschlossen. Erst mit dem Eindringen des Skilaufs in unsere Zone erhielten die wenigen unermüdlichen Winterwanderer einen starken Antrieb. Sportlerisch und Reisefreudig bemächtigten sich aber zunächst dieser neuen Sportart, und viele haben darin lediglich ein neues Feld persönlich-eigener Strebens, das mit einem wahren Naturerlebnis nichts zu tun hatte.

Es darf als außerordentlich erfreulich festgestellt werden, daß die Arbeiterlichen diesem Freizeit von Lebet abnehmen und gegenüberstehen. Schon ihre wirtschaftliche Schwäche ist ihnen die Teilnahme an derartigen Auswüchsen nicht.

Aber auch der bewußte Einwirkung der Arbeiterwanderer — und insbesondere der Arbeiterwanderer — darf man es wohl danken, daß Arbeiterländer von vornherein in das winterliche Landschaftsbild einen anders gestalteten Lebenszug hineingetragen als die bestehenden Schichten es vermochten. Bei den Arbeiterwanderern ist in den Vordergrund das geländebedeckende Bedürfnis, das Verkehrsnetz und die entsprechenden Pünktchen und nach allgemeiner körperlicher Kräftigung.

Auch im „totenstarken“ Winter wurde bei ihnen das Landshaft darf ja auch nicht nur Lebenstrebes in sich. Wohl das Wandererleben hier ganz anderer Art wie im Frühling, Sommer und Herbst. Aber es blieb nicht minder wechselnd und reizvoll. In den flachen norddeutschen Gebieten konnte man welt bewundern. Je mehr man aber in die Gebiete der mitteldeutschen Berge kam, desto markantiger wurden die Erlebnisse. Große Eisschilde in Schluchten und auf den vom Sturm oft unbekannten Höhen; Eisstrahlen in wundervollen Formungen an Bergwänden; tiefe und steile leuchtende Eislandschaft in den Ländereien; städtische Wohlheit im Anblick der verschneiten Städte und Städte in den Tälern. Das alles gab reichen Erlebnisraum, der durch lange Ferientage in der Lage war, solche Erlebnisse zu sammeln. Gerade in den Berggetreiten Mitteldeutschlands hat ja erst der Skilauf den Arbeiterwanderer so jungen leidenschaftlichen Winterwanderer gemacht. Lebenshungrig wurde. Lausitzer Gebirge und Riesengebirge, im Rhön, Saale- und Taunus, im Schwarzwald und Jura und über diese Erlebnisse ein besonderes Verdienst erworben sich über die Arbeiter-Naturfreunde, die es verstanden, durch die Errichtung von Naturfreundeheimen in allen diesen Gebieten vorzüglich Stützpunkte des Winterwanderns auch der Arbeiterschaft zu bieten.

Tiefe, freudvolle Erlebnisse tragen die Winterwanderer in ihren winterlichen Fähren beim und unvergänglich bleiben Eindrücke derer, die bei ihrer Streifzüge das Hochgebirge im Innern der Eiswelt erblicken durften. Die Arbeiterklasse daher alle Urlaube, die großen Werke des Winterwanderns schätzen und immer wieder zu fordern: Hinaus in die schöne, winterliche Natur!

Wintersportkursus im Schwarzwald.

Der Arbeiter-Turn- und Sportbund rief vom 8.—14. Januar eine Kreiswinterwartssitzung zu einem Kursus zusammen, um im Interesse einer einheitlichen Lehrweise einzuführen. Als Leitungsklasse wählte man den Feldberg im Schwarzwald und hielt dort die dazu erforderliche finanzielle Ausgabe nicht bereit, die begründet, daß er für den Wintersport proßes Interesse sei. Die Schneeverhältnisse entsprachen zur Zeit leider nicht annehmbaren Höhe des Übungsfeldes zwischen 1400—1500 Meter Seehöhe und reichten gerade zur Durchführung des Kursus. Erreichten waren alle Kreiswinterwartssitzungen mit Ausnahme der letzteren, die aber am andern Tage neu einzogen. Der Wintersportkursus der Naturfreunde hatte aus einem Kursusleiter delegiert. Die Naturfreunde im Schwarzwald, welche Wintersport betrieben als wir, beschließen auf dem Feldberg eigenes beim (Kreiswinterwartssitzung), welches sie aus der Durchführung des Kursus als Wintersportkursus zur Verfügung stellen. Welchen man dann leichter auszuführen erlaubt. Der Wintersportkursus in Theorie und Praxis bestimmt. Bundeswinterwartssitzung. Genosse A. Bühlert als Vertreter des Bundes eröffnete den Kursus Sonntag früh 8 Uhr. Er gab die Interessen des Bundes bekannt. Hierauf ging es zur Übungsfeld auf praktischen Arbeit über. Nach erledigter Übungsfeld fand eine Rücksichtnahme statt. Umstrittenen am Ort. Bald darauf folgten darüber und ganzer Gründen, und kleine Absehungen in die Höhe. Am Nachmittag wurde die Rücksichtnahme begonnen, das Stemmfahren und Stemmen begonnen, das Stemmfahren und Stemmen begonnen, was sich mit seinen Breitern euer vertraut fühlt praktische Arbeit beherrschte. Darauf folgte ein Vortrag Hilfe bei Unfallsfällen mit praktischen Vorführungen. Dazu wurde ein Transport eines Verunglückten vorgeführt. Hilfe der Schneeschuhe. Stöcke, Reise, Bindfaden und etwas oder Gurt wurde in geschickter Weise eine transportfähige Kette ausgesteckt, mit der man einen Verunglückten weiterleiten kann. Abends war ein Vortrag vor der Betriebsleitung und Beobachtung der Wintersportbewegung. Der Tag begann mit einem Vortrag von Genossen Bühlert. Arbeitsergebnis“ er kündigte, wie der Wintersport-

als neue Sparte sich schnell entwickelt und deutet eine bedeutende Stellung eingenommen hat. Leider muß er als Saison-Sport angelehnt werden, weil seine Durchführung in den meisten Orten vom Wetter abhängt. Ferner spricht er über die Zusammenstellungen, Interessengemeinschaften usw., welche zum Teil selbstständig sind, und über den Wintersportbetrieb der Naturfreunde im Vergleich zu uns ergibt den Unterschied. Sie meiden den Wettkampf.

Zuallerung singt es praktisch ans Werk zu hüttentrockenungsübungen, Schneeflugfahrt, Stemmbojen. Am Nachmittag wurde eine Fliegerwettbewerb und eine Geländefahrt auf den höchsten Gipfel des Feldberges unternommen. In dem oben herrschenden Wind und Nebel war sie mehr anstrengend als genügend.

Am dritten Tag wurde bald mit praktischen Übungen begonnen. Abend am Steilhang und Treppe hinunter. Christiania und Türenschwung wurden mit großem Interesse noch geübt.

Der Nachmittag wurde dann mit Christiania-Schwung in der Höhe, Vorführungen zu Telemark- und Balancer-Übungen aus-

geführt. Wie gewöhnlich kam abends ein Vortrag, und zwar von Bühlert über „Sportmäßigung“.

Der vierte Tag brachte Telemarkschwung. Zwei- und Dreitreppe hinunter. Abend am Steilhang und Treppe hinunter. Christiania und Türenschwung wurden mit großem Interesse noch geübt. Der Nachmittag wurde dann mit Christiania-Schwung in der Höhe, Vorführungen zu Telemark- und Balancer-Übungen aus-

geführt. Wie gewöhnlich kam abends ein Vortrag, und zwar von Bühlert über „Sportmäßigung“.

Der fünfte Tag brachte uns schon in etwas schwieriges Ge-

Spießchen und Wendeführung. Hier nun an wurde dann fort-

setzten unter größter Aufmerksamkeit handhabt. Das Programm und den neuen Stemmbojen schwung. Der Abend war wieder mit einem Vortrag beendet, und zwar: „Das Training des Langläufers“ von Staubach, 9. Kreis. Ein Langläufer soll auch im Sommer Sport treiben, das Beste ist Leichtathletik. Außerdem sind Waldläufe und Dauerläufe notwendig. Meiden von Alkohol und Nikotin ist Selbstverständlichkeit. Regelmäßiger Schlaf und Nahrung spielen eine große Rolle. Wie nach allen vorzusehnen konnte, wurde auch hier reichlich diskutiert und Er- gänzungen hören.

Der sechste Tag brachte uns schon in etwas schwieriges Ge-

Spießchen und Wendeführung. Hier nun an wurde dann fort-

setzten unter größter Aufmerksamkeit handhabt. Das Programm und den neuen Stemmbojen schwung. Der Abend war wieder mit einem Vortrag beendet, und zwar: „Das Training des Langläufers“ von Staubach, 9. Kreis. Ein Langläufer soll auch im Sommer Sport treiben, das Beste ist Leichtathletik. Außerdem sind Waldläufe und Dauerläufe notwendig. Meiden von Alkohol und Nikotin ist Selbstverständlichkeit. Regelmäßiger Schlaf und Nahrung spielen eine große Rolle. Wie nach allen vorzusehnen konnte, wurde auch hier reichlich diskutiert und Er-

gänzungen hören.

Der siebte und letzte Kursustag begann mit Geländesprüngen.

Quersprünge über Hindernisse und den Schanzensprung. Hier

war die am Tage vorher erbaute Schanze aus nalem Schneefest-

gebrochen und erlaubte das Springen, hauptsächlich gefährlich

und Abfahrt über Brücken und Gleisbahnpalmen. Rettungssis-

stiegen von Schneefallen aus Spalten, die Lawinengefahr bei den

auf die Stütze beim Rutschens, wo ein Rutschen unmöglich, alles war

gebracht. Nach erfolgtem Rutschens machte er uns über die Hand-

und Haltung der Rutschens und der Rutschens auf der Stütze des

Stütze des Rutschens, das Rutschen leicht ins Rutschen bringen kann oder

eine Brücke durchschlagen könnte und man in einer Stütze landen

müsste. Anschließend beschäftigte uns ein Geländelauf bis zum

„Organisation von Wettkämpfen“, welcher Beratung fand.

Der sechste und letzte Kursustag begann mit Geländesprüngen.

Quersprünge über Hindernisse und den Schanzensprung. Hier

war die am Tage vorher erbaute Schanze aus nalem Schneefest-

gebrochen und erlaubte das Springen, hauptsächlich gefährlich

und Abfahrt über Brücken und Gleisbahnpalmen. Rettungssis-

stiegen von Schneefallen aus Spalten, die Lawinengefahr bei den

auf die Stütze beim Rutschens, wo ein Rutschen unmöglich, alles war

gebracht. Nach erfolgtem Rutschens machte er uns über die Hand-

und Haltung der Rutschens und der Rutschens auf der Stütze des

Stütze des Rutschens, das Rutschen leicht ins Rutschen bringen kann oder

eine Brücke durchschlagen könnte und man in einer Stütze landen

müsste. Anschließend beschäftigte uns ein Geländelauf bis zum

„Organisation von Wettkämpfen“, welcher Beratung fand.

lich über den guten Verlauf und das Interesse, mit dem der ganze Kursus verfolgt wurde, und machte zu vorauswärts strebender Arbeit in Theorie, Praxis und Organisation.

Deutscher Städtetag und Sport.

Der Deutsche Städtetag hat mit dem Deutschen Fußballbund ein Rahmenabkommen, manchmal auch die einzelnen Städte die Mitglieder des Städtetages sind vereinigt. Ihre Spielplätze den Vereinen zu bestimmten Gebühren für Verfügung zu stellen. Der Deutsche Städtetag richtet jetzt an die übrigen Sportverbände die Anfrage, ob sie geneigt sind, ebenfalls in diesen einzutreten. Danach sollen 10 Prozent von der Bruttogewinn an die Städte abgeführt werden, wenn der Verantwortliche die Kasse, Kontrolle und das lokale Personal selbst hält, das ist Bremen, wenn die Stadt die eigene Verwaltung stellt. Für gewöhnliche Grundstücke, die von den Herren nicht ausgebaut sind, soll nur eine Mietpreisabgabe erhoben werden; wird dagegen das Grundstück vom Verein für den Sport ausgebaut, so soll die Miete dem von der Stadt bei Überlassung von anderen städtischen Grundstücken üblichen entsprechen.

Bürgerliche Sportler und Wahlkampf.

Die bürgerlichen Sportler, die so gern unter der Parole des neutralen Sports legen möchten, lassen neuerdings ihre Theorie bei parteipolitischen Neuträlichkeit fallen. Bereits in einem im Herbst vorigen Jahres in der „Kölner Zeitung“ erschienenen Artikel war — wenn auch verdeckt — eine Vertretung des bürgerlichen Sports in den Parlamenten gefordert und die Möglichkeit einer eigenen politischen Organisation offenbart. Überhaupt übrigens seit Jahren schon eine bürgerliche „Sportfraktion“, deren Mitglieder in den Sitzungen freilich fast immer noch einen Schriftwechsel ausgetauscht haben. In Bremen ist man bei den letzten Sitzungen logischerweise einen Schriftwechsel ausgetauscht und bat den Vorsitzenden des Bremerischen Sportverbands ausgedehnt bei der Haushaltssitzung, die Bürgerliche Sportverbände zu unterstützen. Der Vorsitzende des Norddeutschen Fußballbundes, Kreis Hannover, Trommel, steht dazu z. B. in einer Befragung folgende These auf:

„Die Kreisleitung wird zunächst bezüglich der Kommunalwahlkämpfe Verhaltensmaßnahmen herausgeben. Um eine weitere Verplattung in den Parteidurchsetzungen zu verhindern und die Position der Wahlkämpfen nicht weiter zu erhöhen, soll an die bestehenden bürgerlichen Parteien herangetragen werden, Sportförderer an sicherer Stelle auf den Listen unterzubringen. Erst wenn das nicht versteht, werden eigene Mege gegangen, die natürlich jeweils nach den örtlichen Verhältnissen anzunehmen sind.“

Offener kann die Ablehnung der Neutralität kommen. Die Selbstverantwortlichkeit, mit der man sich an die bestehenden bürgerlichen Parteien wendet, müßte auch dem letzten Parteidurchsetzung und freien Gemeinschaften zeigen, daß die Behauptungen dieser bürgerlichen Sportgruppen, ihre Sportbefähigung habe mit Politik nicht das Mindeste zu tun, unwahr sind.

Der Deutsche Reichsausschuss für Leibesübungen, die Organisation aller bürgerlichen Sportvereine, hat beschlossen, auf diesjährigen Städtevertretungswahl in Halle für die Liste des Bürgerbundes (1) die Aufnahme mehrerer Mitglieder an sicherer Stelle zu verlangen.

Dieser Beschluss zeigt wieder, was man von der so oft erührten „politischen Neutralität“ des Ausschusses für Leibesübungen zu halten hat.

Sport des Sonntags.

Breslau, den 30. Januar 1928.

Kreis-Wintersportfest in Schreiberhau am 28. und 29. Januar.

Der 14. Kreis im Arbeiter-Turn- und Sportbund veranstaltete am Sonnabend und Sonntag in Schreiberhau sein 1. Kreis-Wintersportfest, zu dem außer den schlesischen Genossen noch Teilnehmer aus dem 1. und 16. Kreis, sowie aus der Schlesisch-Slowakei erschienen waren. Schon der Beginn des Begrüßungssabends zeigte, daß die Schreiberhauer Arbeiterschaft ein lebhaftes Interesse der Arbeitersportnähe entgegenbringt. Nach dem Genossen Rahl für die Schreiberhauer Arbeitersportler, Bundesgenosse Heinzemann für den Kreisrat, sowie Genossen Pfug für die Gewerkschaften Grüße entboten hatten, widmete sich in flotter Weise das sportliche Programm ab, das von der Freien Turnerschaft Petersdorf, sowie von der Kreisschule Breslau bestimmt wurde.

Die Beteiligung an den winterlichen Wettkämpfen war ebenso wie die sportlichen Leistungen als gut zu bezeichnen. Fast über 1000 Zuschauer wohnten den Wettkämpfen bei. Nachstehend die Resultate:

28. Januar:

15 Kilometer Langlauf (28 Teilnehmer, hieron 21. 14. Kreis, 3. 16. Kreis, 1. 1. Kreis, 3. Tschechien). 1. Gustav Weicher-Schreiberhau, 1 Std. 21 Min. 19 Sek.; 2. Oskar Wagner-Schreiberhau, 1.21.38; 8. E. Sender-Schreiberhau, 1.24.46; 4. O. Werbs-Schreiberhau, 1.29.37; 5. G. Lutz-Schreiberhau, 1.29.39.

29. Januar:

1 Mannschaftslauf (7 Mannschaften), 5 Kilometer, 1. Mannschaft 4 Bgn. 1. Schreiberhau, 30 Min. 13 Sek. 2. Schreiberhau, 33.20; 3. Schreiberhau-Waldenburg, 34.39.

Jugend (5-Kilometer-Lauf) von 14 bis 16 Jahre (6 Teilnehmer). 1. G. Stroh-Schreiberhau, 32 Min. 53.2 Sek.; 2. G. Stroh-Schreiberhau, 34.24; 3. G. Lutz-Schreiberhau, 37.29.

Jugend von 16—18 Jahre (12 Teilnehmer). 1. G. Häusler-Schreiberhau, 34 Min. 12.12 Sek.; 2. G. Heda-Schreiberhau, 34 Min. 43.1 Sek.; 3. G. Lang-Schreiberhau, 36 Min. 12 Sek.

Sprünge von der 1.50 m hohen Sprungschanze (40 Meter, 12 Teilnehmer, Schadergrundsprungschanze), 14—16 Jahre:

1. G. Kraus 17.808 Punkte, 23 Meter. — 16—18 Jahre 1. G. Häusler, 14.187 Punkte, 35 Meter. — Über 18 Jahre 1. O. Wagner, 14.917 Punkte, 41 Meter; 2. G. Lutz, 14.472 Punkte; 3. B. Weichert, 13.388 Punkte.

3 zusammengelegter Lauf. (10 Teilnehmer.) 1. O. Wagner, 18.145 Punkte

